

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,  
1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebenpfennige Kolonel-  
selle resp. deren Raum 1.—Mark.  
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei  
20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

## Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:  
Klubverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

### Macht.

Von Kontraktbruch spricht man jetzt  
ständig bei den Bergarbeitern,  
Sie, die von den Zechenleitern  
Werden wie ein Wild gehetzt. —

Doch die Herrn sind so human,  
Wollen gar den reu'gen Sünder  
(Ja so lockt der „Freudenkünder“)  
Gerne wieder nehmen an. —

Wenn er heimkehrt zu dem Schacht  
In das Joch, dem er entrückt,  
Das ihn blutigwund gedrückt  
Und zum Hungern hat gebracht. —

Hört es, Knappen, hört den Hohn,  
Der euch solche Botschaft sendet  
Und mit seinem Haß nicht endet,  
Bis ihr Macht habt um zu drohn. —

Macht, nur Macht kann euch befrein  
Von der Sperrre, von der Achtung,  
Von dem Druck und der Entrichtung;  
Darum müßt ihr mächtig sein. —

B. R.

### Was geht vor?

Diese Frage haben wir in der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ stellen müssen, heute wollen wir sie an dieser Stelle wiederholen!

Die schwarze Liste im Ruhrbecken wird immer umfangreicher, hunderte und Tausende Arbeiter werden ausgesperrt. Die Krise sieht mit erschreckender Härte ein, die Arbeitslosigkeit in allen Berufen steigt höher und höher und heute steht fest, daß es in den kommenden Monaten nicht besser, sondern noch schlimmer werden wird. Auch auf den Ruhrgruben seien reguläre Arbeitserlassungen ein. Zugleich alledem, rufen Werbeagenten aus, dem Ruhrbediensteten Auslande umher, um ganze Kolonien Arbeiter in das Ruhrgebiet zu werben! Wir sind jetzt in der Lage, mitzutun, daß in der Tat auf den Gruben in Nordböhmen, im Zug-Burg-Dreieck, die Bergarbeiter massenhaft flüchten, um nach dem hiesigen Kohlenrevier auszuwandern. Die Weltung der österreichischen Union der Bergarbeiter teilt uns mit, daß ihrerseits alles getan wird, um die Auswanderung zu verhüten, leider glaubt man nicht an einen großen Erfolg. Man hat selten in unserer Bruderkorganisation zugestimmt, daß sich ein Beamter des Bergarbeiterverbandes nach dem Auswanderungsgebiet begeben soll, um die Bergarbeiter über die Lage in den deutschen Kohlenrevieren, vornehmlich über die Lage im Ruhrbecken aufzuklären.

Wir sind nicht mit Haß gegen die fremden Arbeiter erfüllt. Wir huldigen nicht dem Grundsatz, daß jeder Arbeiter an der Heimatsscholle zu leben hat, am wenigsten, wenn es ihm in seiner Heimat elend und schlecht ergibt. Wir haben aber dennoch immer den Wunsch in uns getragen, daß es allen Arbeitern gelingen möge, durch die Kraft der Organisationen in ihrer Heimat es selbst so weit zu bringen, daß menschenwürdige Zustände und ein guteskommen jedem die Heimat liebt und wert macht. Nein, wir haben auch niemanden gewehrt, sich sein Vaterland dort zu suchen, wo es ihm gut geht. Wenn in einem Lande oder in einem Bezirk die Industrie ausschnellte, wäre es in den letzten Jahrzehnten im Ruhrbecken vor, dann haben wir sogar die Notwendigkeit eingesehen, wenn die aufstrebende Industrie sich stützte auf die Einwanderung fremder Arbeiter. Wie waren froh, wenn den fremden Arbeitern der Drang nach wirtschaftlicher Besserung trieb und wir freuten uns noch mehr, wenn die eingewanderten Arbeiter in die Reihen der kämpfenden einheimischen Kameraden eintraten, um gemeinsam mit ihnen für eine höhere Lebensstellung der Arbeiterklasse zu wirken. Alles das enthebt gegen uns den Vorwurf des Fremdenhasses.

Und dennoch erheben wir unsern Ruf gegen die Einwanderung in jehler Zeit! Arbeitermangel existiert im Ruhrbedienstet nicht mehr, die Ruhrgruben sind z. B. nicht mehr von einer weiteren Einwanderung abhängig. Im Gegenteil, die Werksbesitzer im Ruhrbecken sperren tausende Arbeiter erbarmungslos auf Monate hin aus. Für viele hundert brave Familienväter gibt es nicht keine Arbeit auf den Werken mehr. Viele Busherren, die wir erhalten, zeigen uns, wie Kameraden nebst Familien unschuldig leiden müssen, weil sie zu Unrecht den schwarzen Listen zum Dasein füllen. Kameraden, die regelrecht kündigt wurden, laufen heute massenhaft umher, ohne Arbeit zu erhalten. Und denen, die arbeiten, werden unter Hinweis auf die Krise die Röhne gekürzt! Wie kann man es wagen, in einer solchen Zeit Werbeagenten nach dem Auslande zu schicken, um Arbeiter nach dem Ruhrbecken zu locken? Wir sind gewiß, keiner der angeworbenen Arbeiter wird gesagt, wie es im Ruhrbecken steht! Betrug und belog man die Arbeiter schon in der Zeit des Aufschwunges, so wird jetzt im höheren Maße geschwindelt und gelogen werden. Wir protestieren gegen einen solchen Betrug, weil wir die Folgen kennen. Sind die Betrogenen hier, dann willt ihnen der Polizeiabteil, wenn sie sich melden. Die Vorgänge in Neumühl sind nicht vergessen.

Arbeitermangel existiert nicht und wird in der abschauenden Konjunktur erst recht nicht vorhanden sein. Was beweist man also mit der Einwanderung, mit der Werbeaktion fremder, betrogener Arbeiter? Wir verlangen Antwort! Herr Regierungsrat Dr. Bodenstein, geben Sie Antwort, wie ein solches Vorgehen sich mit ihren Darlegungen in der jüngsten Versammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände verträgt? Ich was reden wir? Billiges und williges Menschen-

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.  
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelshäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

material wird gebraucht, Leute, die, wie Bodenstein sagt, mit einer Macht auskommen, wohnen, ernähren und kleiden! Die Krise soll benutzt werden, einheimischen Arbeitern zu zeigen, daß sie ihre Wünsche möglichst einzuschränken haben, daß die Zeit angebrochen ist, wo das Herrenrecht, ganz und voll zur Geltung sich bringen will. Nicht nur vom Auslande schleppen man Arbeiter in Massen heran, nein der Beutezug wird auch nach dem Osten unseres Vaterlandes verlegt. Ein günstiger Wind weht uns folgendes Plakat auf den Redaktionstisch:

### Masuren!

In rein ländlicher Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Lust, liegt, ganz wie ein masureisches Dorf, allese vom großen Getriebe des westfälischen Industriegebietes, eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Soche Wictor bei Mangel.

Diese Kolonie besteht vorläufig aus über 40 Häusern und soll später auf etwa 65 Häuser erweitert werden. In jedem Hause sind nur 4 Wohnungen, 2 oben, 2 unten. Zu jeder Wohnung gehören etwa 8 oder 4 Zimmer. Die Decken sind 3 Meter hoch, die Länge bezw. Breite des Fußbodens beträgt über 8 Meter. Jedes Zimmer, sowohl oben, als auch unten, ist also schön groß, hoch und lustig, wie man sie in den Städten des Industriegebietes kaum findet.

Zu jeder Wohnung gehört ein sehr guter, hoher und trockener Keller, sodass sich die eingelagerten Früchte, Kartoffeln usw. dort sehr gut erhalten werden.

Derne gehörte dazu ein geräumiger Stall, wo sich jeder sein Schwein, seine Stege über seine Hühner halten kann. So braucht der Arbeiter nicht jedes Pfund Fleisch oder sein Liter Milch zu kaufen.

Endlich gehört zu jeder Wohnung auch ein Garten von etwa 28 bis 24 Quadratmetern. So kann sich jeder sein Gemüse, sein Kumpf und seine Kartoffeln, die er für den Sommer braucht, selbst ziehen. Wer noch mehr Land braucht, kann es in der Nähe von Bauern billig pachten. Außerdem liefert die Soche für den Winter Kartoffeln zu billigen Preisen.

Dabei beträgt die Miete für ein Zimmer (mit Stall und Garten) nur 4 Mark monatlich, für die westfälischen Verhältnisse jedenfalls ein sehr niedriger Preis. Außerdem vergütet die Soche für jeden Kostgänger monatlich 1 Mark. Da in einem Zimmer vier Kostgänger gehalten werden können, wird die Miete also in jedem Monat um 4 Mark geringer; ganz abgesehen davon, was die Familie an den Kostgängern selbst verdient. Wenn also eine Familie vier Männer hat, müßte sie monatlich 4 mal 4 gleich 16 Mark zu bezahlen haben. Soll sie nun vier Kostgänger, so würde die Miete nur 12 Mark betragen.

Die ganze Kolonie ist von schönen breiten Straßen durchzogen, Wasserleitung und Kanalisation sind vorhanden. Abends werden die Straßen elektrisch erleuchtet. Vor jedem zweiten Hause liegt noch ein Bergarbeiter, in dem man Blumen oder noch Gemüse ziehen kann. Wer es am schönsten hält, bekommt eine Prämie.

In der Kolonie wird sich in nächster Zeit auch ein Konsum befinden, wo allerlei Kaufmannswaren, wie Salz, Kaffee, Heringe usw. zu einem sehr billigen Preise von der Soche geliefert werden, auch wird dort ein Fleischkonsum eingerichtet werden. Für größere Einkäufe liegen Castrop, Herne und Dortmund ganz in der Nähe. Gedieg Deutsche, die nicht in Privatkost gehen wollen, können in einer Menage zu sehr billigen Preisen wohnen und essen.

Den Zukommenden wird in der ersten Zeit je nach Bedarf ein Barvorschuss bis zu 50 Mk. gegeben.

Für die Kinder sind dort zwei Schulen erbaut worden, sodass sie nicht zu weit zu laufen brauchen, auch die Arbeiter haben bis zur Arbeitsstelle höchstens zehn Minuten zu gehen. Bis zur nächsten Bahnstation braucht man etwa eine ½ Stunde.

Die Bühne stellten sich durchschnittlich im Juni 1908 so:

Lagerarbeiter, 8 Stunden Schicht	3,80 bis 4,— Mk.
Platzarbeiter, 12 " "	3,80 4,50 "
Kofslader . . . . .	4,72 "
Kofsliller . . . . .	4,46 "
Biegeleiterarbeiter . . . . .	4,— bis 4,50 Mk.
Schlepper bei Kokerie . . . . .	3,80 Mk.
Schlepper in der Grube . . . . .	3,— bis 4,10 Mk.
Lehrhauer im 1. Jahre . . . . .	5,50 Mk.
Hauer im Gedinge etwa . . . . .	6,35 "
Gesteinshauer etwa . . . . .	6,40 "
Blumehauer etwa . . . . .	5,85 "

Man sieht also, daß jeder Arbeiter gut auskommen kann. Wer sparsam ist, kann noch Geld auf die Sparkasse bringen. Es haben sich in Westfalen viele Ostpreußen in mehrere Tausend Kolonie gespart. Das Geld ist dann wieder in die Heimat gekommen, und so hat die Heimat auch etwas davon gehabt. Überhaupt zahlt diese Soche wohl die höchsten Röhne. (7) Feierlichkeiten kommen dort nicht vor, vielmehr Feste, sodass die Arbeiter immer Verdienst haben werden. (11) Entlassungen masureischer Arbeiter werden, außer dem Falle grober Selbstverschulden, nicht vorkommen.

Mäusen! Es kommt der Soche hauptsächlich darauf an, braue ordentliche Familien in diese ganz neue Kolonie hinein zu bekommen. Ja, wenn es möglich ist, soll diese Kolonie mit in masureischen Familien besetzt werden. So bleiben die Masuren ganz unter sich und haben mit Polen, Österreichern usw. nichts zu tun. Niemand kann denken, daß er in seiner masureischen Heimat wäre. Es gibt Masuren, die bei der Soche schon lange tätig sind und sich bei der einständigen Behandlung wohl fühlen. **Als Beweis wird in Masuren bald ein solcher Arbeiter als Zeuge erscheinen.** (1)

Jede Familie erhält vollständig freien Umgang; ebenso jeder Bediefe freie Fahrt. Sobald eine genügende Anzahl vorhanden ist, wird ein Beamter der Soche sie abholen. Die Soche verlangt für den freien Umgang keine Bindung, eine bestimmte Zeit dort zu bleiben, wie andere Soche. Sie vertraut ganz und gar der Freiheit der Masuren. Wenn es nicht gefällt, kann von dort ruhig weiter ziehen. Die Verwaltung der Soche hofft aber, daß es den masureischen Familien dort so gefallen wird, daß sie an's Weiterziehen garnicht denken werden. Auch weiß sie, daß sehr viele Familien später freiwillig nachziehen werden, wenn erst die Weise der Bugezogenen angekommen sind.

Überlege sich also ein jeder die ernste Sache reiflich! Die Soche will aus der Heimat weglocken, auch keinen kleinen leichten Leidenschaften entziehen; sie will nur solchen ordentlichen Menschen, die in der Heimat keine Arbeit oder nur ganz geringen Verdienst haben, helfen, mehr zu verdienen und noch etwas zu sparen, damit sie im Alter nicht zu hungern brauchen. Vorausgesetzt wird durch dieses Plakat nichts, es beruht alles auf Wahrheit. (11)

Wie er sich die Ungelegenheit reiflich überlegt hat, sage dies seinem Gastwirt, bei dem dieses Plakat aushängt. Dieser schreibt dann an Herrn Wilhelm Rojet in Harpen bei Bochum. Es wird dann in kürzester Zeit zwei Zeugen erscheinen, die den Nährherrn bekannt geben werden. Jeder bevorge sich gleich

seine Papiere: Arbeitsbuch und Geburtschein (Militärpass genügt nicht). Diese Papiere werden von den beiden Herrn gleich mitgenommen. Später kommt dann ein Beamter der Soche, um die sich Mäuse zu abholen, da die Wohnungen erst Ende September bezogen werden können."

Also Agenten im Ausland, Agenten für den Osten, ein Skandal sondergleichen! Freilich wird das Plakat Erfolge haben. Das ist ja alles so sich, so herrlich geschildert, daß die Masuren vermehren müssen, es handelt sich bei ihnen nur um einen Berbiebenstossel, der ihnen ein Paradies auf Erden verspricht, um sonst nichts anderes. Wer möchte nicht bis 0,40 Mk. und mehr verdienen, wo in der Heimat der Masure kaum den dritten Teil als Tagelohn verdienen kann. Wer möchte nicht in den „Villenkolonien“ untergebracht sein, wo man „Blumen zieht“ und sich des „Lebens freut“ und obenrein noch Prämien erhält! Die Masuren werden von den Polen und Österreichern abgesondert bleiben und den Polen und Österreichern wird man ergänzen, daß sie zu „ihrem Glück“ mit den Masuren nicht in Verbindung kommen werden — jedem das Teile Glück mischen, wie sie ihm zugesetzt ist. Sie alle, die den Grenzenfängen der Werkstätten folge lassen, werden sich Lustschlösser aufbauen — die dann wie eine fata morgana in sich selbst zerfließen, sobald die Gecken es mit der rauen Wirklichkeit zu tun bekommen. Massenhaft kommen sie, massenhaft lassen die Betrogenen ab, jetzt in der Krise erst recht. Daß einem solchen Unzug nicht gesteuert werden kann! Von wem? Die Regierungen treiben es nicht anders, wie ihre Stellungnahme zur Frage der Fremdenarbeit in Deutschland in leichter Zeit recht drastisch zeigt. Mit dem „Schutz der nationalen Arbeit“, mit den Arbeitern selbst wird das frivole Spiel getrieben.

Wir versagen es uns, den Teufel bei Wechseln zu verklären. Einige Erbpröfe und genaschlierte Arbeiter können den Mäusen und Komblauten Gott und Segen zusprechen, wie sind längst luxuriert und kennen diejenigen zu gut, die sich fortgesetzt als die „Wahrer der heimischen Arbeit“ hinzustellen belieben. Wir bedauern nur die Betrogenen, die man um das bisschen Geld und Gut bringt, das sie bestehen und die sich als Lohnbrüder gebrauchen lassen, zu einer Zeit, wo schon so der Übermut der Werksherren keine Grenzen kennt. Brav Familienväter fliegen aus Straßenzäunen, setzt es infolge der Krise, sei es aus anderen Gründen. Ganz zu konnten die Hunderte und Tausende Mäuse gesperrt, Fremde Arbeiter, durch die trügerischen Lockungen herangelockt, nehmen die Plätze der Brot- und Arbeitslosen ein! Der Skandal wächst riesengroß!

### Arbeitgeber über die freien Gewerkschaften.

Wie auch das Schriftmachertum gegen die freien Gewerkschaften geht und wettert, wie selbst die übrigen Gewerkschaftsgebilde vermeintlich glauben, die freien Gewerkschaften bekämpfen zu müssen, so sind es doch die leichten, die durch ihre Tätigkeit wie durch die gewaltige Stärke und Entwicklung, die sich hier entfaltet, selbst den wirtschaftlichen Gegnern Achtung abringen. Mehr und mehr bricht sich bei den Arbeitgebern die Erkenntnis, daß eine solide Volksbewegung, wie sie die freie Gewerkschaftsbewegung nun einmal vorstellt, doch mit anderen Augen betrachtet werden muß, als es bisher in Unternehmertreffen geschah. Nicht wegen der schönen Augen der Freigewerkschafter hat sich diese Wandlung bei vielen Unternehmern vollzogen, im ehrlichen Kampf haben sich die Gewerkschaften diese Position erobert. Wir lassen einige Versicherungen von Arbeitgebern und ihren Organen bzw. Organisationen hier folgen. Der letzte Jahresbericht des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Mannheim-Ludwigshafen enthält Stellen, die unsere Kameraden sehr interessieren dürften. Es heißt da u. a.:

„Mit dem Wachstum der Industrie und der nach günstiger Entwicklung steigenden gesamten Volkswirtschaft werden die Gegenseitigkeiten zwischen Arbeit und Kapital immer schärfer hervortreten und sich heftiger, umfangreicher und intensiver gestalten. Diese Kämpfe werden sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber mehr und mehr zum Zusammenschluß in stets fester und mächtiger werdenden Organisationen zwingen, deren beiderseitiges Streben dahin gehen wird, Differenzen möglichst aufzulösen. Gelingt es nicht, oder, falls dieser Versuch der Versöhnung scheitert, unter Aufwendung aller Kraft den Kampf anzunehmen und bis zur Erfüllung einer der beiden Parteien zu Ende zu führen.“

Allein im Jahre 1908 haben die gewerkschaftlichen Centralverbände in Deutschland eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 8½ Stunden pro Woche für 329 489 Arbeiter und eine Aufbaubesserung von durchschnittlich 1,87 Mk. pro Woche für 891 703 Arbeiter (gleich 87 Millionen Mark für das Jahr) erklärt, ohne die sonstigen Vorteile zu nennen, wie Verbesserungen der Fabrikordnungen, Beseitigung der Akkordarbeiten, Befreiung für Nebenkosten- und Sonntagsarbeit, sowie den Abschluß vieler Tarifverträge.

Was ist es, das den Arbeiterorganisationen diese gewaltigen Errungenchaften zu erreichen half? Es ist ihre große Opferwilligkeit, ihre Disziplin und ihr Solidaritätsgefühl! Hatte die Arbeitgeberchaft nur einen Teil dieses Geistes in sich, es wäre vieles anders. Diese ständige Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird weder durch eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter, noch durch ungünstige Gestaltung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes aufgehoben, sie kann aber gemindert werden und eine die Entwicklung der Industrie und der Gewerbe möglichst wenig störende Form erhalten dadurch, daß den mächtigen Arbeiterorganisationen ebenso mächtige Arbeitgeberorganisationen gegenüberstehen, und daß dann diese beiden Faktoren aufstrebende Differenzpunkte beseitigen. Je nach dem Gütekriterium der beiden Parteien und dem Geschäft, mit welchem die beiderseitigen Interessen vertreten werden, wird das Resultat der jeweiligen Verhandlungen ausfallen. Einen andern Weg gibt es nicht, diesen sind nötigen Kriegszustand eine für die Arbeitgeber-Gewerkschaft möglichst schadlose Form zu geben. Ein lange währendender Friede ist nur zu erreichen, wenn er unter Bedingungen abgeschlossen wird, die sich den beiderseitigen Machtverhältnissen, der veränderten Lage des Absatzes und dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes möglichst genau anpassen.“

Diese Darlegungen sollten sich unsere Grubenbesitzer, aber auch unsere Kameraden, merken und fest einprägen. Es ist interessant, durch Arbeitgeber festgestellt zu sehen, daß die Gegenseitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit immer heftiger herhören werden. Es gibt Arbeiterorganisationen, die da glauben, das sei nicht der Fall. Man müsse auf die Unternehmer und auf die Schriftsteller, nur im christlichen Sinne einwirken, dann



allgemeinen, sondern ihre Kirche und die katholische Religion im Auge. Und sie müssen es, da die einzelnen Konfessionen in ihren Lehren und Grundzügen oft sehr, sehr weit auseinandergehen: Man denke sich nur den Streit über religiöse und kirchliche Fragen, wie er jetzt zwischen dem Evangelischen Bund und den katholischen Organisationen. Nochmals, Hansen war als katholischer Priester vollkommen im Rechte, wenn er die Fachabteilungen als die "richtige christliche" Organisation für den Katholiken hinstellte; es gibt auch evangelische Geistliche, und sonstige Evangelische deren Ziel gleichfalls die Gründung evangelischer Fachabteilungen ist und weiß, was hier noch die Zukunft bringen kann? Selbstverständlich sind weder die einen noch die anderen Fachabteilungen zu begrüßen. Die katholischen Fachabteilungen haben sich ja als ausgesprochene Streikbrecher vererule schon gründlich bewährt: Sie stehen den sogenannten Gelben in nichts nach.

Herr Effert, der Führer einer interkonfessionellen Gewerkschaft, hat über die gewerkschaftlichen Pflichten eines Katholiken andere Anschauungen als der Priester Hansen. Er sieht in den katholischen Fachabteilungen einen Hemmschuh für das Fortkommen der christlichen Gewerkschaften, fühlt diese bedroht und darum zieht er auf Hansen ein, erbarmungslos. Der katholische Gläubige gegen den katholischen Priester! Hansen hätte auch wissen müssen, daß über christliche Pflichten ein Geistlicher weniger versteht, als Männer, die einige Wochen die Galoppsschule in München-Gladbach absolvierten, oder die das Glück sonstwie an die Spitze der christlichen Gewerkschaftsbewegung stellte. Wir wissen das. kaum liegt der Kursus hinter ihm, dann ist alle Weisheit in dem Schüler — jetzigen Agitator verkörperzt. Nur von der Strukturumspalte schaut er noch die Menschheit an. Die sich ihm entgegenstellen, sind Nichtchristen, Ignoranten. Ein solcher Galoppsschüler spricht Millionen jedes nationale Gefühl ab, heißt sie Verbrecher, dumme Kerle usw. Und warum sollte er nicht der Verfeind sein, sein Urteil auch über das Christentum und seine Lehren für das richtige zu halten. Hätte sich Hansen in diesem Gedankengang eines München-Gladbacher Agitators hinzugetan können, er wäre glimpflicher abgetreten, als wie es in Sulzbach geschah!

Effert protestierte in schärfer Weise gegen die Ausführungen Hansens. Selbst Mitglieder katholischer Arbeitervereine hätten diese Riede eine Hecke genannt. Der Papst habe nur die katholischen Arbeitervereine gezeugt, aber nicht die Fachabteilungen (die doch den Arbeitervereinen angegliedert sind, direkt mit diesen zusammenhängen D. H.) ebenso wie die christlichen Gewerkschaften nicht gezeugt worden seien. Dahingegen seien die christlichen Gewerkschaften ebenso anerkannt wie die Fachabteilungen. Mit katholischen Grundsätzen sei auf dem Boden des Wirtschaftslebens nicht gänzlich auszukommen.

Auf dem Boden des Wirtschaftslebens und in der Politik haben sich die Dinge schon längst so entwickelt, daß noch etwas mehr als lediglich Ideale und Theorien dazu gehörten, um diese Probleme zu lösen. Da man sich Pragis mit der Theorie verbunden und falls man bei der Lösung Ideale mitwirken lassen kann, ist es gewiß sehr gut und schön, ich glaube aber, wenn der hochw. Herr Dechant Hansen es bei Söhnen wie Zille, Kirdorf, Kräbler, Bued, Beumer und den bayerischen Metallindustriellen mit Idealen und Theorien versuchen wollte, würde er bald einsehen lernen, daß er mit diesen beiden Mitteln allein bald Fiasco machen würde."

Da hat Effert schon recht. Ob die Ideale und Theorien katholischen, evangelischen oder aber auch wie wir meinen, einem "christlichen" Charakter — im Sinne der M. Gladbacher tragen, bei den Unternehmern und Schärmachern wird man damit Fiasco machen. Nur wenn wir es betonen, dann erhalten wir von den "christlichen" eine ganz andere Antwort als wie sie Effert dem Dechanten gibt. Ja Effert geht noch weiter.

Dazu kommt noch, daß die vom Dechanten in Thalexweiler vorgetragene Theorie für niemanden, auch nicht für katholiken maßgebend zu sein braucht. Seine vorgetragene Theorie ist eine Ansicht, die durch kleinere dogmatische Lehre, der katholischen Kirche für wirtschaftliche Organisationen und auch nicht für politische gestützt wird. Dies geht schon daraus hervor, daß eine ganze Reihe wirtschaftlicher Organisationen besteht, die entweder offen ausgesprochen, interkonfessionell sind, oder es stillschweigend in der Praxis sind, z. B. Bauernvereine, Handwerkervereine, Meistervereine, Arbeitgeberverbände, Verzehervereine, Privat- und Kommunalbeamtenvereine, Raiffeisenvereine usw. Würden diese Vereinigungen, die alle wirtschaftliche Natur sind, nach den dogmatischen Lehr- und Grundsätzen der katholischen Kirche unerlaubt sein, so würde, davon bin ich überzeugt, die Kirche durch ihre berufenen obersten Hüter, öffentlich Protest gegen die Unzulänglichkeit der Katholiken zu denselben erheben. Dieses ist bisher nicht geschehen, wird auch nicht geschehen."

Sollte Effert in der Tat nicht auch zu der Ansicht kommen, daß nicht nur die Theorie Hansens sondern auch die Theorie der christlichen Gewerkschaften und deren Führer durch keine dogmatischen Lehre, der Kirchen beider Konfessionen für wirtschaftliche Organisationen auch nicht für politische gestützt wird? Wenn wir christliche Gewerkschaftsverammlungen besuchen und es handelt sich darum, die freien Gewerkschaften zu bekämpfen, dann freilich stützt man sich christlicherweise sehr wohl auf dogmatische Grundsätze und tut das, was Hansen für die katholischen Fachabteilungen getan hat, im katholisch-religiösen Sinne mit Recht, im Sinne und im Interesse einer Berufsorganisation mit Unrecht. Besser aber noch ist der Hinweis Efferts auf die übrigen Organisationen, wie auf die Bauernvereine, Handwerkervereine usw. Er nennt die Vereine interkonfessionell, in Wirklichkeit sind sie noch mehr; sie haben überhaupt nichts mit christlichen Grundsätzen zu tun. Alle diese Bewilligungsgruppen organisieren sich, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren, lehnen sie sich überhaupt ganz entschieden die Abhängigkeit der Mitgliedschaft auch von der "christlichen" Weltanschauung ab — sogar auch von der politischen — und sehen um so mehr zu, daß ihre Berufsgruppe in möglichst geschlossen dasteht. Effert und seine Freunde sollten jenes Beispiel auch auf sich einwirken lassen, aber dann hätten wir ja keine — interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften. Die von Effert angeführten Berufsorganisationen würden sich auch — weil sie wirtschaftlicher Natur sind — jedes Eingreifen der Kirche, gleichviel welcher, ganz entschieden verbitten, sie würden sich jedenfalls von keiner Kirche Taktik und Theorie vorschreiben lassen. Darum ist die Argumentation Effert über den eventuellen Protest der Kirche von selbst hinfällig. Unser Ziel ist, ohne Rücksicht auf Religion und politische Weltanschauungen die Arbeitermassen in eine einzige geschlossene Gewerkschaft hineinzubringen, genau wie es die genannten Berufe wollen — dafür werden wir kämpfen und darum wurden "christliche" Gewerkschaften gegründet, um es nicht soweit kommen zu lassen. Effert aber stellt sich in Sulzbach hin und kämpft mit Waffen, die er dem Arsenal der freien Gewerkschaften entliehen. Was er mit Hinweisen auf Religion und Kirche stützt, geht einer Berufsorganisation als solche garnichts an.

Effert geht auch gegen den Dechanten vor, weil dieser sagt: "Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich, wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut." Effert meint, diese hehren Worte sollten nur am richtigen Platze gesprochen werden. Das ist auch unsere Meinung. Wer nicht sammelt, der zerstreut und das haben Effert und seine Freunde ja ihr Leben lang in der Arbeiterbewegung getan. Sie sind es, die die Geschlossenheit der deutschen Arbeiterchaft mit verhindert haben und auch Effert sollte sich hüten, diese Worte an unrichtiger Stelle anzuwenden.

Interessant sind noch folgende Feststellungen Efferts. Er gibt nochmals zu, daß die Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter nicht nach der Religion fragen: "Katholische Arbeitgeber sperren aber in Holland katholische Arbeiter ebenso gut aus, wie in Deutschland!" Darum sei flammender Protest — meinte Effert am Schlus — gegen die ver-

## lehrerischen Ausführungen des Herrn Dechanten von Jülingen, am Platze.

Effert wurde von dem Gewerbevereinssekretär Hüsles unterstützt. Dieser Herr erklärte, daß ein Zusammengehen der christlichen Gewerkschaften mit den Fachabteilungen nicht möglich sei. Der christliche Gewerkschaftsführer verzichtete nicht auf den Streik. Trotzdem reisen christliche Gewerkschaftsführer im Lande umher, organisierten Arbeiter, aber sprechen diesen kein Streikrecht zu. Hüsles folgerte:

"Die Interkonfessionalität der Gewerkschaften, die Dechant Hansen zur Verteilung seiner Angriffe gemacht habe, sei schon gerechtfertigt durch das Vorgehen der Arbeitgeber, die zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen ohne Unterschied der Konfession sich zusammen schließen; eine Organisation zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen könnte übrigens erst dann erfolgreich arbeiten, wenn sie möglichst alle Angehörigen eines Berufes umfaßt."

Hört, hört! Hüsles hängt da der Art eine Schelle um, die er sicher nicht gewollt hat. Wenn alle Angehörigen eines Berufes organisiert sind, in einer Organisation, dann erst kann man erfolgreich arbeiten. Das haben wir immer und immer wieder betont und eben darum wurden christliche Gewerkschaften gegen uns gegründet, um zu verhindern, daß alle Angehörigen eines Berufes geschlossen in einer Berufsorganisation zusammen fassen. Effert, Hüsles und nachher auch noch Gütsche, der auch Gewerbevereinssekretär ist und der meinte, daß nur "geschlossenes Zusammengehen bei Vertretung gemeinsamer Standesinteressen dem Arbeiter helfen kann" schlugen mit ihren Ausführungen sich selbst samt ihrer Tätigkeit ins Gesicht. Und das war gut so, weil wir es uns merken werden.

Ebenso widerspruchsvoll wie unwahr zeigten sich die christlich-nationalen Gewerkschaften in der Frage der gewerkschaftlichen Neutralität. Die freien Gewerkschaften hätten darum das Recht verloren auf alle Arbeiter, weil sie sich mit der sozialdemokratischen Partei identisch fühlen. Partei und Gewerkschaften sind eins u. p. So hören wir aus dem christlichen Gewerkschaftslager. Um noch zu zeigen, daß die freien Gewerkschaften nicht neutral sind, werden Straße von Tinte verübt.

Nun verbreicht zur Zeit das "Centralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" einige Artikel über gewerkschaftliche Neutralität, die sich vornehmlich gegen den Buchdruckerberband richten. Der Buchdruckerberband liegt den christlichen Gewerkschaften schwer im Magen, weil er es verstanden hat, bis auf wenige Tausend fast alle Berufsgenossen im Verbande zu organisieren. Ein großer Bruchteil der im Buchdruckerberband organisierten Buchdrucker erfüllen sicherlich ihre religiösen Pflichten, wie ihre Angreifer aus dem "christlichen Gewerkschaftsblatt" und sie gehören ungehinderzt zu einem großen Teil auch den bürgerlichen Parteien an, was ja auch von vielen organisierten Arbeitern in den sonstigen freien Verbänden gesagt werden kann. Über alles das hindert nicht, daß die freien Gewerkschaften als nicht neutral hingestellt werden. In die freien Verbände kann jeder eintreten wer will, gleichviel, welch religiösen Glaubens oder politischer Meinung er ist. Darin liegt hauptsächlich der neutrale Grundzatz der freien Verbände. Die christlichen Gewerkschaften wollen nur solche Mitglieder, deren Ansicht christlich und national im Sinne der M. Gladbacher Christenlehre ist, eintreten — damit ist der neutrale Standpunkt aufgegeben. Die "christlichen" Gewerkschaften ziehen sich in eine Sonderstellung zurück und betreiben dadurch die Kräftezerstörung zum Schaden der Arbeiterschaft. Sagt doch selbst das "Centralblatt" (Nr. 15 vom Juli, Seite 226):

"Nur dieses (die Gewerkschaft, die jede andere Grundlage wie die rein gewerkschaftliche abweichen) gewerkschaftliche Gebilde ist neutral, d. h. in ihm ist die Grundlage und Möglichkeit der Zusammenfassung aller Berufs- oder Gewerbegenossen gegeben, einerlei, welcher religiösen, konfessionellen oder politischen Ansicht sie sind. Jede Verschiebung dieser scharf umgrenzten Zuordnung, jede Vermischung mit anderen Zwecken, muß als fremdes und zerstörendes Element in dem neutralen Gewerkschaftsgebilde wirken. Innerhalb des bestimmten abgegrenzten gewerkschaftlichen Aufgabenkreises gibt es keine Differenzen in der Arbeiterschaft."

Da haben wir's ja! Die freien Gewerkschaften lassen die Tür für jeden offen, weil sie nicht nach politischen und religiösen Ansichten fragen und sie können es tun, weil innerhalb des bestimmten abgegrenzten gewerkschaftlichen Aufgabekreises es keine Differenzen unter der Arbeiterschaft gibt. Doch weiter. In Nr. 29, Seite 137 der "Baugewerkschaft", Organ des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker, drückt sich ein christlicher Gewerkschaftsführer wie folgt aus:

"In wirtschaftlichen Fragen müssen wir zusammenstehen, darf uns nicht Konfession oder Nationalität trennen. Unsere religiösen und nationalen Ansichten können wir in unseren konfessionellen und parteipolitischen Vereinen betätigen, darf sich jedem dazu Gelegenheit bieten. Es ist garnichts, daß wir in solchen Fragen alle eine Ansicht haben. Ein jeder Körper hat seine verschiedenen Glieder und jedes davon seine besondere Aufgaben zur Erfüllung des Körpers. So hat auch jedes Volk seine verschiedenen Parteien, die haben auch jede ihre besondere Aufgabe, daß der Körper des Volkes gefund bleibt. Wenn ich zum Beispiel in politischen Fragen anderer Meinung bin, wie "Freund Becker von der "Baugewerkschaft" so wird er mit das nicht übernehmen, so wenig wie ich ihm. Wir gehören eben verschiedenen Parteien an; in gewerkschaftlichen Fragen stimmen wir darum doch überein."

Wir können nur den Ausführungen dieses christlichen Gewerkschaftlers wie den Darlegungen des "Centralblattes" zustimmen, nur wundern wir uns, daß die christlichen Gewerkschaften selbst garnicht daran denken, diesen Grad der Neutralität einzuhalten! Sie wollen es auch nicht, mehr noch, sie schließen diese oben angeprägte Neutralität saugleich gemäß aus, da — sie Zugehörige der sozialdemokratischen Partei und "antireligiöse" Mitglieder nicht haben wollen. Ach was, sie möchten sie schon haben wollen, darum ist es richtiger, wenn wir sagen: Die christlichen Gewerkschaften bekämpfen die freien Gewerkschaften, weil diese neutral sind, weil sie Angehörigen aller Parteien bei der Aufnahme nichts in den Weg legen. Das ist der Verger und passt den christlichen Gewerkschaftsführern nicht in den Kram. Was der von sozialistischer Weltanschauung vor Klassekampf und Materialismus gesprochen wird, dient den Herrschäften nur als Mittel, um den funktionalen Gegenfang zwischen den Arbeitern verschiedener Richtungen zu konstruieren und zu erweitern.

Der sozialistische Geist, der in den freien Gewerkschaften vorhanden ist, hindert nicht, sondern fördert die gewerkschaftlichen Interessen. Die christlichen Gewerkschaften sind, ob sie wollen oder nicht wollen, nicht frei von demselben sozialistischen Geist, wenn er sich hier auch nicht so kräftig zeigt. Was die freien Gewerkschaften als sog. sozialistische Forderungen aufstellen, ist zum Teil als Forderungen in die christlichen Gewerkschaften mit und gegen den Willen der Führer übergegangen. Mit Idealen und Theorien — sagt Effert — ist den Unternehmern allein nicht beizukommen, es muß gekämpft werden und darum hat man bald nach Gründung der christlichen Gewerkschaften den Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen müssen. Das ist der Klassekampf, den die freien Gewerkschaften und, wie wir in einem andern Artikel dieser Zeitung darlegen, auch einflussvolle Unternehmer zu geben. Die christlichen Gewerkschaften mögen das Kind, den Kampf der Arbeiterklasse um seine wirtschaftliche und politische Freiheit zu räumen wie sie wollen, Klassekampf bleibt es. Nur gewerkschaftliche Ignoranten und Spekulanten können hier noch verneinen. Auch jetzt schließlich die materialistische Geschichtsauffassung den christlichen Gewerkschaften genug in den Händen, als daß sie sie gänglich verleugnen können. Es bedarf schon der größten Gewaltanstrengungen, um den sog. Materialismus zu einem Herrscher umzuwandeln. Beträger aber sind es, die es tun um die Besplitterung in der Gewerkschaftsbewegung damit zu verteilen. Was soll es helfen, wenn das "Centralblatt" schreibt, daß der Arbeiter höhere wirtschaftliche Ziele — überhaupt höhere Ziele — haben muß, wie diejenigen, die er in seiner Gewerkschaft verwirklichen kann und dann sagt:

"Das ist selbstverständlich. Über das die Gewerkschaften als solche sozialistische Ziele haben müssen, das sie ohne dem ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können, das bestreiten wir. Noch mehr. Wie sagen, das Einschlagen solcher Ziele in die Gewerkschaftsbewegung belastet sie mit einem ihr wesensfremden Element. Die natürlichen gewerkschaftlichen Aufgaben, als Aufrechterhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen haben mit sozialistischen Aufgabensteilen nichts gemein. Wir haben in Deutschland, England, Amerika starke gewerkschaftliche Bewegungen, die erfolgreich gearbeitet haben und noch arbeiten, ohne diese Ziele."

Höhere Ziele dürfen also die Arbeiter haben, nur keine sozialistischen. Diese Ziele seien der Gewerkschaft ein wesensfremdes Element. Der Verfasser des Artikels weiß wohl noch nicht, daß viele Kreise — auch christliche — den Sozialismus weder als etwas wesensfremdes mehr hinstellen für die Gewerkschaften, noch sonstwie ihn abzuleugnen versuchen. Der Verfasser mag nur einmal das Werk einer ihm nahestehenden Person durchlesen, Hize's, "Capital und Arbeit." Er wird dann finden, daß er nicht in ausgesprochen sozialdemokratischen Werken herumzukramen braucht, um zu erfahren, daß man mit solchen Albenheiten wie sie im obigen Blatt zum Ausdruck kommen, nicht weit mehr kommen kann. Da der Schreiber uns nicht seinen Standpunkt über den Sozialismus darlegt, brauchen wir ihn den unsrigen auch nicht entgegenzuhalten, aber eins sollte er wissen, daß, wenn die wirtschaftlich-industrielle Entwicklung in dem Maße fortreibt, wie wir es bisher erlebt haben, das Wort Sozialismus nicht mehr als gewaltsam umgedeutetes Scherwort dienen wird, sondern daß wir den Hinweis auf die ordnende Staatsgewalt mehr wie einmal noch in den Organen der christlichen Gewerkschaften wiederfinden werden. Der Anfang ist ja damit schon gemacht. Dem Verfasser scheinen die verschiedenen Begebenheiten und die verschiedenen vorhandenen Tatsachen mir nicht bekannt zu sein. Ebenso wenig, daß in englischen und amerikanischen Gewerkschaften der Geist des Sozialismus mehr Fuß gesetzt hat, als es dem Artikelschreiber im Centralblatt lieb ist.

Nein, wir sagen, der Arbeiter hat nicht höhere Ziele, als die, die zu erreichen durch die Gewerkschaften möglich ist. Er hat sogar Pflichten als Mensch, Bürger und Gewerkschaftler, die ihn zum Handeln in und außerhalb des Gewerkschaftsrahmens drängen. Der Verfasser z. B. wird nichts dagegen haben, wenn der Gewerkschaftler sich den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien nähert, ja sie propagiert; warum soll er sich aber dem Sozialismus fernhalten, warum von der sozialdemokratischen Partei abrücken, wenn er in dieser seine Interessenvertretung auf politischem, gesellschaftlichem Gebiete sieht? Dem einen geben und dem anderen vorerhalten, ist doch purer Unsinn. Wenn sich heute mehr als 3 Millionen erwachsene männliche Personen in Deutschland zur sozialdemokratischen Partei rechnen, kann dann diese Partei völlig von den Gewerkschaften ausgeschaltet werden? Wer sich das denkt und wer solches verlangt, der gehört ins Verschlägenhaus, nicht wo anders hin. Nein, wir sind so weit gekommen, daß die übergroße Mehrheit der deutschen Gewerkschaftler die sozialdemokratische Partei als ihre beste Interessenvertreterin, z. B. auf parlamentarischem Gebiete, betrachtet. Wer es nicht tut, wird aus den freien Gewerkschaften nicht ausgeschlossen. Die sogenannten Arbeiter abgeordneten, die sich in den verschiedenen bürgerlichen Parteien vorfinden und die von den christlichen Gewerkschaften unterstellt werden, sind nicht so in der gleichen glücklichen Lage, wie die Vertreter der freien Gewerkschaften ihre gewerkschaftlichen Interessen mit den Interessen ihrer politischen Partei vereinbaren zu können. Weil das aber in der sozialdemokratischen Partei so ist, darum das enge Verhältnis zwischen der bürgerlichen Partei und freien Gewerkschaften. Auf die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei — sowohl sie Gewerkschaftler sind, trifft nicht zu, was der "Deutsche Metallarbeiter", das Organ der christlichen Metallarbeiter, in Nr. 25 vom 20. Juni 1908 schreibt musste, von den "bürgerlichen" Arbeitern abgeordneten:

Von dem aus der christlichen Arbeiterbewegung hergegangenen Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik nicht verlangt werden als von der Partei, der er angehört, insgesamt gefordert werden kann. Andernfalls könnten dessen parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu zum Verhängnis werden. Die mühsame Arbeit der Vertreutensleute, wortlos in der Haupfsache der Erfolg einer Bewegung beruht, würde auf die Dauer von den opferfreudigen Arbeitern verweigert werden, wenn diese beobachten, daß ihre in den Parlamenten tätigen Führer, die durch die Arbeiterbewegung das geworden, was sie sind, in den wichtigsten Fragen der Arbeiterpolitik ihr Mandat gegen den Geist und den Sinn unserer Bewegung ausspielen würden. Die Parteien, die es mit den Emancipationsbestrebungen des Lohnarbeiterstandes und mit der gleichberechtigten Eingliederung desselben in die bestehende Gesellschaft ethisch meinen und befähigten Arbeitersführern auch Mandate zu den gegebenen Körperschaften einzuräumen geneigt sind, müssen dies ebenen Parteien gestatten, in für die Arbeiterbewegung grundlegenden Fragen, wie Koalitionsrecht usw., eventuell auch von der Fraktion meinung abweichen zu müssen.

Ja, was ist denn das! Wie kann einer Gewerkschaft die Haltung einer Partei zum Verhängnis werden, wenn diese Partei den gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt; trägt die Partei den Arbeiterforderungen aber keine Rechnung, wie kann dann eine solche Partei die Unterstützung der Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen? Wollen solche Arbeiterabgeordnete sich hier schon zufrieden geben, wenn sie hin und wieder das Mandat gegen den Geist und den Sinn der bürgerlichen Parteien ausüben können? Welcher Widerspruch, der sich in der sozialdemokratischen Fraktion nicht finden wird und auch noch nicht vorhanden war. Man soll den Arbeiterabgeordneten gestatten, auch einmal anders zu stimmen, als die Fraktion! Das ist töricht. Wenn nun die Fraktion nicht will, was dann? Wir ersuchen um Antwort! Wir brauchen garnicht auf die Tendenzen der verschiedenen bürgerlichen Parteien einzugehen, wir sehen schon an den obigen Darlegungen, daß der Widerspruch in der Interessenvertretung innerhalb einzelner bürgerlichen Parteien Klarheit aufzudecken scheint, sodass selbst Fraktionsbeschlüsse hier nichts mehr binden können. Liegt es daran, daß die "Röthische Volkszeitung" (Nr. 414 vom 18. Mai 1907) recht behält, wenn sie auf die Tatsache hinweist, daß die Kandidatenfrage vielfach mehr und mehr auch zur Standesfrage, zu einer Klassefrage geworden ist und es sehr zu werden droht? Klassekampf innerhalb einer Fraktion! Ist das nicht zum Purzel! Ja, es ist so, der Widerspruch ist vorhanden, die Interessen gehen auseinander und die christlichen Gewerkschaften vergeben sich zu viel, wenn sie sich den Parteiinteressen unterordnen müssen. Und nichts weniger wird von den bürgerlichen Parteien verlangt. Schreibt doch dieselbe "Röthische Volkszeitung": "Die wirtschaftlichen Fragen sind bei aller Bedeutung, die man ihnen beimittet, nicht das Höchste, das ist das Parteidokument!" So ähnlich drückt sich auch das "Reich" im "Fall Behrens" aus und klarer noch kommt es zum Ausdruck in einem Artikel über Gewerkschaft und Partei von einem Herrn J. Windfuhr in dem zentralmärkischen Organ, "Allgemeine Rundschau" München vom 25. Juli 1908. Wir lesen da, daß eine Partei kaum mit Freude Abgeordnete in ihre Reihen aufnehmen

kann, die sich in erster Linie als Gewerkschafter und dann erst als Parteimitglieder fühlen!

Arme christliche Gewerkschaften, deren „Neutralität“ so weit gehen muss, daß selbst gewerkschaftliche Forderungen über Bord geworfen werden müssen, wenn es den einzelnen bürgerlichen Parteien beliebt. Und das heult jetzt über die freien Gewerkschaften, obwohl deren neutraler Charakter niemals in eine solche Gefahr geraten kann, wie wir es soeben festgestellt mit den christlichen Gewerkschaften. Und das wird mit diesen nicht besser, nein, es wird schlimmer werden. Noch eins, was für die sonderbare „Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften spricht, das ist die Frage der Arbeiterschaftskandidaturen: selbst ihrer Normierung usw. Zum Teile geht sich hier ein einziges Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und – vornehmlich der Zentrumspartei; z. B. wieder sind es Wahlkandidaturen, die sich diese Partei ausdrängen lassen müssen. Eine solche Wahlkandidatur war die Kandidatur im Busch's in Wachen. Doch, wie gesagt, nicht immer bedarf es dieser Art Gewalt, alle, wie es bei Imbusch der Fall war – von der Kandidatur August Brust reden wir nicht einmal. Wir haben die Kandidatur Beiers, des Eisenbahnbürobeamten im Auge. Die rheinische Zentrumspartei bot Beier ein Mandat an, unter dem Vorbehalt bezw. Voraussetzung daß der Aufschluß des Verbandes deutscher Eisenbahnhandarbeiter und Arbeiter an die Zentrale der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu erfolgen habe. Beier ist gewählt und mit Macht wird die Agitation für Anschluß des genannten Verbandes an die christliche Zentrale zur Zeit betrieben und sie wird auch bald erfolgen, ohne daß sie später vom Stadtkreis Gebrauch machen dürfen. Der Anschluß wird erfolgen und man wird hinausziehen und sich als „neutrale“ Gewerkschaftsorganisation, die unabhängig von jeder Partei ihre Maßnahmen trifft, hinstellen. Man wird die Neutralität der freien Gewerkschaften nach wie vor ablehnen und das umso mehr, je mehr es sich herausstellt, daß durch beiderseitiges Zusammenarbeiten der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei die Interessen aller Arbeiter, ganz besonders die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gefördert werden. Dagegen werden die christlichen Gewerkschaften ihre gewerkschaftlichen Interessen auf parlamentarischem Gebiete nur soweit vertreten werden, als es den bürgerlichen Fraktionen in den Raum paßt. Dagegen aufzumunden verbietet die „Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften. So war es auch bis jetzt.

## Bur Reform der Berginspektion. Der tödliche Unfall des Bremer Theodor Bodden auf Zeche Wiesche.

Schon vor einiger Zeit haben uns Kameraden über den tödlichen Unfall des genannten Bremer berichtet. Die Angaben erschienen uns aber so außerordentlich, daß wir uns selbst an Ort und Stelle begaben, um Erhebungen anzustellen: Wir fanden aber das, was uns die Kameraden berichtet haben, vollaus bestätigt.

Der Unfall ereignete sich am 18. Juni, mittags, gleich zu Anfang der Schicht, im Revier des Steigers Eday. Der Bremer Bodden hatte die Forchbremse von der sechsten nach der Teilstufe zu bedienen. Der Bremsberg hat ein Einfallen von vielleicht 25 Grad und mußte der Bremer, um die Bremsen zum Laufen zu bringen, manchmal am Bremszell ziehen. Sein Standort zum Bremsen war auf der Teilstufe, einige Meter höher war die Bremsammer. Direkt neben seinem Standort im Bremsberg hing ein großer Stein seit beinahe Jahresfrist vollständig los, ohne daß verbaut worden war. Der Bremer befand sich also schon bei einer ein Jahr lang täglich in Gefahr, von diesem Stein erschlagen zu werden, ohne daß an diesem gefährlichen Zustand etwas geändert wurde. Sogar der Einfahrer soll dem Steiger Anweisung gegeben haben, dort verbaute zu lassen, aber verbaut wurde nicht, trotzdem der Bremer täglich, wenn er, um die Bremsen zum Laufen zu bringen, am Stein ziehen oder darauf treten mußte, unter dem nur lose hängenden Stein stehen musste. Am 18. Juni erreichte den armen Jungen denn auch, was lange voranzusehen war, sein Verhängnis. Schon mittags beim ersten Wagen, der heruntergebrachte werden sollte, brach der schwere Stein plötzlich herein und zerschmetterte dem unglimmlichen Jungen den Kopf vollständig. Er geriet mit dem Kopf zwischen den widerbrechenden Stein und den Schienenslot, sodass der Kopf zerschmettert wurde und das Gehirn völlig herausstrotzte.

Dieser Vorfall bildet eine neue jurchbare Anklage gegen das System, wie es besonders auf den Stützenzess zu denen Wiesche gehört, herrscht. Der verantwortliche Beamte muß die Gefahr lange gelaufen haben! Warum, so fragen wir, hat er nicht befehlen verbaute lassen und dadurch den Unfall verhindert? Waren dem Beamten genügend Verbauer zur Verfügung gestellt? Stand ihm stets genügend und brauchbares Holz zur Verfügung, um die notwendigen Reparaturarbeiten ausführen zu lassen? War das ihm gestellte Soll nicht zu hoch, sodass er es, ohne das Leben und die Gesundheit, der Arbeiter durch Außerachtlassung der Sicherheitsvorschriften zu gefährden, liefern konnte? Waren dem Beamten alle Möglichkeiten geboten, die bergpolizeilichen Vorschriften zu beachten? Das sind die Fragen, die wir angesichts dieses tiefratigen Vorfalls, wodurch ein junges blühendes Menschenleben vernichtet wurde, an die Bergbehörde zu richten haben. Der verantwortliche Bergdirektorbeamte ist Bergrat Falz, von ihm erwarten wir Ausklärung. Wie ist man übrigens mit dem Gehirn des Vergnüglichen verfahren?

### Theorie und Praxis.

In unserer Nr. 30 besprachen wir sehr anerkennend ein Buch über Bergwirtschaft im Bergbau, von Betriebsinspektor Stegmann in Sodingen. Wir legten als selbstverständlich voraus, daß in dem Betrieb eines Mannes, der ein so interessantes und gutes Buch schrieb, die Bergwirtschaft auch in bester Ordnung sei. Um so erstaunter aber waren wir, als wir von einem Kameraden aus Sodingen folgendes Schreiben erhalten, woraus sich das gerade Gegenteil ergibt:

Sodingen, den 30. 7. 08.

Sehr geehrte Redaktion!  
In Nr. 30 unserer Verbands-Zeitung weisen Sie in einem Artikel „Unfallverhütungs- und Rettungswesen im Bergbau“ auf ein Buch hin, daß von dem Grubeninspektor Stegmann von Zeche Mont Genis in Sodingen, über die „Bergwirtschaft im Bergwerksbetriebe“, geschrieben ist. Ich muß sagen, ich war eingerückt erstaunt, als ich das las. Ein Grubeninspektor, der ein Buch über die Bergwirtschaft schreibt, so sagte ich mir, muß doch auch auf jeden Fall in dem ihm unterstehenden Grubenbetriebe eine mustergültige Bergwirtschaftsführung führen. Ist das aber auf Mont Genis der Fall? Ich will Ihnen eine Geschichte erzählen und dann mögen Sie selbst urteilen. Mont Genis ein neuer Reviersteiger ein. Es schien, soweit ich es beurteilen konnte, ein ganz brauchbarer Beamter zu sein. Das Revier, welches er erhielt, war in äußerst verwüstetem Zustande. Sein Vorgänger hatte es zerstören lassen, weil man Kohlen, Kohlen und noch einmal Kohlen von ihm haben wollte. Die Reparaturarbeiten mußte er daher vernachlässigen. Es drei Fälle dieser Art waren vorhanden, die doch politisch verschieden sind. Sie waren alle zu Bruch gegangen. Der neue Steiger gab sich die erdenklische Mühe, das Revier wieder in Ordnung zu bringen. Er magte Bergarbeiten drauf und drauf und ließ auch fast jeden Sonntag arbeiten. Er fühlte sich dann stets mit an. Trotzdem hat man ihm eines Tages gefündigt, ohne Angabe von Gründen. Man hat ihm die Kündigung ins Haus gesetzt, während er gerade eine Überwachung ausgestellt worden ist, war derartig schlecht, daß es ihm nicht möglich war, damit wieder Stellung zu bekommen. Er wandte sich bittend an Herrn Direktor Hener, man möge ihm doch ein anderes Zeugnis ausstellen. Dieser wies ihn jedoch ab. Erst auf eine Beschwerde beim Königl. Revierbeamten in Dortmund, Bergrat Remy, wurde ihm endlich ein anderes Zeugnis ausgestellt. In dem Schreiben an den Revierbeamten hat er diesem auch die Zustände in seinem Revier bezüglich der Bergwirtschaft mitgeteilt. Wie ich erfahren habe, soll der Mann heute noch stellenlos sein. Nun urteilen Sie.

Hochachtungsvoll  
N. N.

Bergmann auf Mont Genis.

Das Schreiben spricht, wenn die darin enthaltenen Angaben zu treffen, wirklich Wahr! Hörtentlich äußert sich Herr Stegmann dazu in seiner Zeitung nicht zum Bergbau.

## Aus den Bergschiedsgerichten.

**Oelsnitz.** (Sitzung vom 20. Juli). Vorsitzender: Bergamtsassessor Dr. Welzel aus Freiberg, Vorsitzender der Arbeitsgericht: Schichtmeister Witzig aus Augau und Bergdirektor Allever aus Oelsnitz. Vertreter der Arbeitnehmer: Bauer Uhlmann und Lagerarbeiter Petermann, beide aus Augau. Zur Verhandlung standen drei Klägerparteien gegen die Knapp- und Lüttwigs-Gesellschaft Section VII in Auebau. 1. Der frühere Bergarbeiter Oberst Holzhoff, z. B. in Lengebach, will sich vor circa zwölf Jahren, am 28. April 1890, zwei Losenbrüche dadurch zugeogen haben, daß ihn beim Zusammentreffen seines Ortes mehrere Minen Bergnebenbergholz und ein Stempel auf den Unterholz getroffen haben. Der Kläger wurde auf Grund von § 72 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes mit seinem Anspruch auf lebenslange Lohnentlastung abgewiesen. Nach diesem Paragraphen ist ein Entschädigungsanspruch vor Absatz von zwei Jahren nach Eintritt des Unfalls gestellt zu machen. 2. Auf Klage der Berggesellschaft sollte die dem Bauer Albin Schaps in Oelsnitz solcher gewährte Rente von 80 auf 40 Proz. nach einem Gutachten des Dr. Sommer im Kreissteueramt herabgesetzt werden, wogegen sich die Berufung rückte. 3. Es gibt zu, daß eine Besserung eingetreten sei und erklärt sich nach Bekanntung durch den Vorsteher mit der Nutzung auf 40 Proz. einverstanden. Sein berzögerlicher Schichtlohn beträgt 2,70 Mk. und circa 27 Pfennig pro Schicht, er will Lohnaufbesserung beim Werke beantragen. Recht so. 8. Der Maurer Peter Brunel in Krumau (Böhmen) verlangt von der Berggesellschaft die sogenannte Absonderrente, da ihn sein am 22. Februar 1908 auf Gottes Segen tödlich verunglückter Sohn wesentlich unterstellt habe. Da er aber selbst zugab, einen Stundenlohn von 30 Pfennige zu haben, waren die Bestimmungen des § 18 im Gewerbeunfallversicherungsgesetz, nach welchem der Anspruch nur gerechtfertigt ist, wenn der verunglückte Sohn den Vater ganz oder „überwiegend“ ernährt hat, nicht erfüllt, kläger wurde daher abgewiesen.

Statt und dann ist auch die Kreditsfähigkeit für die unterbezahlten Arbeiter kein absolutes Muß, ist wenigstens untergeordnete Natur, da die Interessen der übergroßen Mehrheit der unterbezahlten Arbeiter in Frage kommen.

Diesen angeblichen Nachteilen stehen die enormen Schädigungen gegenüber, die unter dem heutigen Lohnbeschlagsgesetz der Arbeiterschaft ausgetragen werden. Die Arbeiterschaft wird von gewissenlosen untreuen Geschäftsmännern förmlich ausbeutet. Das ist niemals statthaber gewesen wie jetzt und eine direkte Folge des bestehenden Lohnbeschlagsgesetzes.

Als vor Jahren der Arbeitersohn noch nicht über 125 Mark monatlich hinausging, konnten die Schwindelgeschäfte bei Zahlungsverweigerung wenig oder garnichts ausrichten. Pfändbare Lohnbeiträge gab es nicht und eine Pfändung des Mobilars war nur in seltenen Fällen nützlich. Wegen der steigenden Metzpreise und der Verkürzung der Lebensmittel sind die pfändbaren Gegenstände in den Arbeitersfamilien mit der Zeit immer seltener geworden und zurzeit fast niegends mehr anzutreffen. Bei den Arbeitersfamilien haben die Greditschulden meist Fleischnot nötig. Gegen früher übersteigt aber jetzt der Arbeitsverdienst in einigen Gegenden 125 Mark monatlich. Damit rechnet die Schwindelgeschäfte. Könnten sie kein Mobilär pfänden, weil solches nicht vorhanden ist, nun dann bleibt bei dem heutigen Gesetz immer noch die Pfändung des 125 Mark übersteigenden Monatsverdienstes. Der Weizen der Schwindelgeschäfte blüht nur in den Gegenden, wo eine leichtgläubige Arbeiterschaft sich von gewissenlosen Agenten beschwindelt läßt und wo die Schwindelgeschäfte bei Zahlungsverweigerung den Vohn pfänden können. Ein gewinnbringender Boden für die Schwindelgeschäfte ist vornehmlich das Kürbigsdorf. Das ist nicht übertrieben, wenn behauptet wird, ein ganz erheblicher Bruchteil des von den Uhrbergleuten infolge Verfahrens von Überschüssen und während der guten Konjunktur erzielten Mehrverdienstes ist in den Süden der Schwindelgeschäfte gestossen. Ein Schwindel löst den andern ab. Als reell, billig und gut, bei prompter Bedienung, werden den Bergmannsfrauen und auch vielfach den Männern Landschaftsbücher, Photographicvergrößerungen, Musikinstrumente usw. aufgeschwindelt. In derselben Weise wird zu dem Eintritt in schwindschäfts Krankenkassen und Leberversicherungen geraten. Hat die Bergmannsfrau erst den Bettelgott unterschrieben, dann heißt es blechen. Wenn nicht, wird Klage angestrengt und wo? Als Erfüllungsort der Vertragsverbindlichkeiten ist auf der Bestellkarte oder dem Vertrage eine weit ab von der Wohnung des Schulnders liegende Stadt angegeben. Bei Vereinbarung eines Erfüllungsortes ist das mit den Wohnort des Schulnders zuständige Gericht ausgeschaltet. Es kann nur bei dem am Erfüllungsort bestehenden Gericht gellagt werden. Hier nur ein Beispiel, wie es gemacht wird.

Die Firma „Société néerlandaise-beige des Instruments de Musique“ Mag. Hirschler in Mainz-Mainz hat in der Umgebung von Bochum massenhaft Violinen zum Einzelpreis von 57,50 Mk. verkauft. Nebst Lieferung der Violine hat die Firma die Verpflichtung übernommen, eins der Kinder des Käufers möglichst zweimal in der Musik unterrichten zu lassen. Es wurden Musikschulen eingerichtet, die dann auch erheblich, bei dem zufälligen Abschlag, den die Violinen fanden, zahlreich besucht waren. Die Firma hatte in den einzelnen Orten „Spiellehrer“ als Musik-Lehrer angestellt. Schon bald aber ging das Musikonservatorium in die Verlasse. Der Unterricht wurde eingestellt, die Kinder und Eltern hatten von der „Kunst“ des Herrn Lehrers genug und gaben die Hoffnung auf, aus ihren Söhnen Mozart, Joachim oder so etwas zu machen. Die Firma aber verlangte trotz der Einstellung oder mangelhaften Erteilung des Unterrichts die glatte Zahlung des vereinbarten Kaufpreises von 57,50 Mark. Wer nicht zahlte, wurde in Mainz, dem Erfüllungsort verhaftet und auch zur Zahlung verurteilt. Das Arbeiterssekretariat in Mainz teilt mit, daß an dortigen Gericht etwa gegen 600 Klagen der genannten Firma gegen nichtzahlende Käufer schwaben. Der verurteilte Arbeiter hat den Kaufpreis und die Kosten des Verfahrens zu zahlen. Zahlt er trotz dem Urteil doch nicht, dann wird der Lohn geplündert und eine minderwertige Violin und einige Stufenstunden kosten dem hereingefallenen Arbeiter bis zu 100 Mark. Nehmen wir, daß die Firma in jedem der 500 Fälle nur 40 Mark verdient hat, dann hat sie aus den Verdiensten 20.000 Mark herausgeholt. Das nimmt die Welt ein Geschäft. Dutzende ähnliche Fälle könnten angeführt werden, das muß aber in Rücksicht auf den Raum dieser Zeitung unterbleiben. Würde der Vohn nicht geplündert werden können, dann könnten die Schwindelgeschäfte einpacken, die reellen Geschäfte hätten Abschlag und dem Arbeiter bleibe bei allen Schwindeleien sein sauer verdientes Geh.

Die Reformbedürftigkeit des Gesetzes wird auch durch die verschiedenen Auslegungen dargetan, die es seitens der Gerichte erfahren hat. Es heißt im Gesetz: der Fahrer s. lohn unter 1500 Mark darf nicht geplündert werden. Ein Jahreslohn von 1500 Mark liegt aber nicht schon dann vor, wenn bei schwandlendem Lohn in einigen Monaten mehr als 125 Mark verdient werden. Akkordarbeiter und vor allem die Bergarbeiter können in einzelnen Monaten weit über 125 Mark und in anderen Monaten doch so viel unter 125 Mk. verdienst, daß ihr Einkommen im Jahre noch keine 1500 Mk. beträgt. Trotzdem wird der Lohn in den Monaten, in denen er über 125 Mark hinausgeht, geplündert. Es wird sie und da schon mal behauptet, die Richter seien Sklaven des Gesetzes. In bezug auf Auslegung des Lohnbeschlagsgesetzes sind sie aber keine Sklaven der Bestimmung geblieben, indem sie nicht daran festhielten, daß dem Schulnden ein Jahresverdienst von 1500 Mark verbleiben muß. Hier einige Fälle, in denen schlagend nachgewiesen wurde, daß das Einkommen keine 1500 Mark jährlich betrug und in denen die Pfändung doch für berechtigt erklärt wurde.

Dem Bergmann Gustav H. waren auf Betreiben eines Gläubigers auf der Zeche in den Monaten, in denen er über 125 Mark verdiente, insgesamt 52,10 Mark geplündert worden. Er verklagte den Gläubiger auf Herauszahlung der geplünderten Beträge und wies nach, daß er in dem Pfändungsjahre keine 1500 Mark, sondern nur 1354,10 Mark verdient habe. Die Klage wurde abgewiesen mit der Begründung, die Prozess vertrete in neuerer Zeit die Ansicht, daß bei Vorhandensein eines 125 Mark übersteigenden Lohnbetrages schon geplündert werden könnte unbeschadet darum, daß ein Jahresverdienst von 1500 Mark nicht vorhanden sei. (Urturteilchen 22 C 186/08 Amtsgericht Bochum).

Ein noch trauriger Fall: Bergmann B. in Eickel seit dem 25. April 1908 bis auf den heutigen Tag krank. Es ist also völlig ausgeschlossen, daß er in den noch kommenden Monaten des Jahres soviel verdient, daß sein Einkommen im Jahre 1500 Mark übersteigt. Trotzdem soll nach dem Beschlusse des Amtsgerichts Bochum (Urturteil M 5642 – 08) der in den kommenden Monaten über 125 Mark betragende Monatsverdienst geplündert werden. Dazu besteht die Faamille aus sieben Kindern, die alle auf den Verdienst des Schulnders angewiesen sind.

Als Einkommen gilt nach der Auslegung der Gerichte der Gesamtverdienst, nicht der Kleinalohn. Benutzt sei noch, daß nicht nur die Gerichte in Bochum, sondern auch in Hagen, Essen, Hamm und anderen Orten das Gesetz in dem für die Arbeiter ungünstigen Sinne auslegen. Abzuwarten ist nun, welche Stellung die Fabrik- und vornehmlich die Grubenbesitzer zur Auslegung des Gesetzes einnehmen werden. Ihnen kann es doch auch nicht recht sein, wenn der Verdienst über 125 Mark monatlich in der Hauptfrage den Schwindelgeschäften zugute kommt und die Arbeiter auch darum immer unzufriedener werden. Auch die reelle Geschäftswelt, die doch nur gegen bar verläuft, dann nur wünschen, daß durch Abschaffung der Lohnpfändungen die Schuhkonkurrenz eingeschränkt wird.

Die Arbeitersfrauen und vor allem die Verbandsmitglieder seien gewarnt, ohne sich näher zu erkundigen, bei reisenden Agenten Verträge zu unterschreiben. Das ist das beste Mittel, nicht überlopelt zu werden. Ob diese Mahnung etwas hilft?

H. A.

### Der Kampf um die Unfallrente.

Welche Schwierigkeit den Arbeitern in der Bekämpfung ihrer Rechte seitens der Berggesellschaften heretitet wird, soll folgender Fall zeigen:

Der Bergmann Mr. S., Gelsenkirchen, erlitt am 4. Juni 1901 im Betrieb der Zeche Consolidation eine Kopfverletzung, wegen deren Folgen er 33% Prozent Unfallrente erhält. Es war aber häufig erwerbsunfähig, konnte aber zunächst keinen höheren Prozentsatz erreichen, weil die Arbeiter andere Leiden konstatieren und die Unfallfolgen nicht höher einzuschätzen sei. S. wurde dann vom Knappstabsverein reichsgerichtlich invalidisiert, welche Meute ihm jedoch wegen angeblicher Erwerbsfähigkeit bald wieder entzogen wurde. Trotzdem S. noch weiter erwerbsunfähig war, wurde er mit seiner Klage auf Wiedererlangung der reichsgerichtlichen Invalidität in allen Instanzen abgewiesen.

Im September 1904 verschärfte sich der Zustand des S. derart,

dass er ins Krankenhaus und nach einiger Zeit der Freianstalt Warstein überführt werden mußte.

Ein Verschärfungsantrag, welcher am 29. September 1904 beim Sektionsvorstand der Knapschafts-Berufsgenossenschaft einging, wurde abgelehnt und ebenso auch die hiergegen beim Schiedsgericht eingelagte Berufung. Auf den gegen das Urteil des Schiedsgerichts beim Reichsversicherungsamt eingelagerten Rechtsurteil wurde dann über den ganzen Grenzheitsverlauf Besseherhebung beschlossen.

Zunächst wurde der Geh. Medizinalrat Professor Dr. Bardenheuer, Köln gehörte, dann der Direktor der Irrenanstalt in Warstein Dr. Simon und auf dem letzten Gutachten sieben weitere Ärzte, welche den S. vorher teils behandelt und teils schon untersucht hatten, darunter zwei Sanitätsräte und ein Kreisarzt. Es wurden weiter Beamte und Arbeiter der Beche und Nachbarschaft des S. verbürt und nach Zusammenstellung dieses Ergebnisses vom Direktor der Irrenanstalt nochmals ein Gutachten eingefordert. Auf Grund dieses Gutachtens wurde die Gewährung der Hilfslosrente beantragt, worauf der legt. genannte Arzt nochmals zu einer Neuherierung zu diesem Antrag veranlaßt wurde.

Auf Grund des letzten Gutachtens wurde beantragt: Vom Tage des Eingangs des Verschärfungsantrages, 28. September 1904 bis zum 10. März 1908 die Volksrente und von 11. März 1908 ab die Hilfslosrente, woselbstem Antrag das Reichsversicherungsamt auch entsprach und die Belege darauf verurteilte. Die erste beträgt jährlich 989,40 Mk., die zweite 1454,10 Mk., also den vollen Jahreslohn; monatlich 121,18 Mk. Nach der hierauf erfolgten Abrechnung betrug die Rente des S. für die Zeit vom Tage des Eingangs des Verschärfungsantrages, 28. September 1904 bis 24. Februar 1908 4290,90 Mk., welche Berechnung geleisteter Unterstillungen § 25 des S. u. B. G. und bereits inzwischen geleisteter Beiträge zu zahlen waren. Und weiter erhält die Frau des S. als dessen Pfleger die Monatsrate von 121,18 Mk., wodurch sie die Pflegestunden für ihren Mann in der Irrenanstalt mit monatlich 86 Mk. zahlen muss.

Nach langem Kampfe hat sich schließlich doch herausgestellt, daß der Zustand des S. eine Folge des Unfalls und die ersten Abergäste, die anders beurteilt, im Irrtum waren. Wo hätte die Ehefrau des S. aber die Mittel hergenommen, um diese lange Zeit den Kampf ums Recht zu führen, wenn nicht das Arbeitersekretariat, eine Einrichtung der Gewerkschaften, die zur Seite stand.

Darum Ihr Arbeitnehmer, wenn Ihr mit eurer und eurer Familie Zukunft rechnet, müßt Ihr an solche Fälle denken, die auch euch passieren können. Und wollt Ihr dann geschützt sein und ohne Mittel aufzuwenden zu müssen eure Rechte erklämpfen, dann schließt euch den freien Gewerkschaften an.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kohlenproduktion im deutschen Reich in den Monaten Januar bis Juni 1908:

	Stein- kohlen	Braun- kohlen	Stots	Wirkungs- und Nass- preisholz
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Oberbergamtbez. Breslau .	19 157 620	768 781	1 208 690	104 857
" Halle a. S. .	4 421	19 547 615	71 289	8 970 588
" Clausthal .	456 486	485 245	68 537	51 075
" Dortmund .	40 651 659	—	7 888 201	—
" Bonn .	7 826 428	6 057 261	1 873 856	1 688 769
Preußen .	68 096 618	26 863 852	10 580 192	5 815 280
Im Vorjahr .	65 198 486	25 105 055	10 505 721	6 835 602
Berginspektionsbez. München .	418 817	1 410	—	—
" Bayreuth .	17 608	250 319	—	—
" Freiburg .	328 057	—	—	—
Bayern .	759 072	251 620	—	—
Im Vorjahr .	718 810	113 000	—	—
Berginspektionsbez. Zweibrück . II	1 300 810	—	25 240	—
" Düsseldorf .	1 043 582	—	—	—
" Dresden .	292 115	275 028	6 708	16 681
" Leipzig .	—	1 055 000	—	101 782
Sachsen .	2 642 457	1 880 118	81 948	208 448
Im Vorjahr .	2 586 080	1 244 487	88 840	228 724
Hessen .	—	224 520	—	27 800
Braunschweig .	—	950 157	—	215 270
Sachsen-Meiningen und Schwarzburg - Rudol- stadt .	—	1 965	7 349	—
Sachsen-Altenburg .	—	1 814 617	—	438 676
Anhalt .	—	606 072	—	99 776
Elbe-Dothringen .	—	1 104 440	—	—
Deutschland-Reich .	72 695 452	32 047 323	10 612 140	6 805 218
Im Vorjahr .	69 571 431	29 602 022	10 612 561	7 721 908

Man lasse sich durch obige Zahlen nicht täuschen. Wenn auch die Kohlenproduktion in diesem ersten Halbjahr noch höher ist als im gleichen Zeitraum im Vorjahr, so ist eine starke Abschwächung der Kohlenförderung im Monat Juni und zwar für das ganze Reich eingetreten. Gegen die Förderung im Mai ist die Gesamtförderung im Juni um allein 1 043 000 Tonnen zurückgeblieben. Das will gewiß viel heißen. Die Krise hat durch starke Produktions einschränkung eine verschärzte Form auch für den Bergbau angenommen. Die Bergarbeiter werden von nun ab erst recht nichts mehr zu lachen haben.

## Überschüsse der Ruhrgruben im Zeichen der Krise.

Die Geschäftsbilanz der Kohlenwerke im Ruhrbezirk für das zweite Quartal 1908 stehen schon im Zeichen der Krise. Bei den meisten Werken verzeichnen wir ein Absinken der Gewinne, nur einige Gruben sind es, die höhere Überschüsse im zweiten Quartal erzielen. Nun darf aber nicht vergessen werden, daß das Jahr 1907 ein Goldjahr für die Grubenbesitzer war und daß die Werksgewinne trotz der Krise als enorm hohe bezeichnet werden müssen. Da vom Juni ab in ganz Deutschland die Kohlenproduktion im Falle begrenzt ist, so ist auch mit einer weiteren Berringerung der Überschüsse zu rechnen. Die Unternehmer aber haben ihre Kräfte herein und sie werden um ihre Überschüsse auch durch die Zeit der Krise hindurch sehr beneidet werden.

## Garnpener Bergbau-Gesellschaft. Die Betriebsüberschüsse betrugen:

1905/06	1906/07	1907/08
Mt.	Mt.	Mt.
I. Vierteljahr	3 545 000	5 105 000
II. " "	3 720 000	4 146 000
III. " "	4 748 000	3 644 000
IV. " "	5 008 600	5 378 000
zusammen	17 018 600	18 268 000
		20 162 000

Wenn sich seit dem ersten Juli 1907 auch ein Fall von der Quartalsbilanz zeigt, so ist der Gesamtabgang für das letzte Geschäftsjahr 1 893 500 Mt. höher wie im vorhergehenden Geschäftsjahr 20 000 000 Mark Gemessen! Wahrscheinlich, die Garnpener hat den Rekord gesetzt.

## Caroline-Höglwiede.

1903	1908	1907
II. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
To.	To.	To.
Förderung . . .	30 017	41 401
Mt. " "	—	47 842
Betriebsüberschuß .	48 442	52 443
Mt. " "	—	88 285
Reinüberschuß .	41 032	48 033
Mt. " "	—	46 770

Röhrigshorn. Der Betriebsüberschuß betrug für das zweite Quartal 1908 722 582 Mt. Für das erste Semester 1908 1 670 501 Mt. gegen 1 700 019 Mt. im gleichen Zeitraum im Vorjahr.

## Gewerkschaft Dorstfeld.

1908	1908	1907
II. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
To.	To.	To.
Kohlenförderung .	166 226	171 091
Mt. " "	56 974	65 190
Betriebsüberschuß .	380 085	437 202
Mt. " "	—	468 591

Geh. Blankenburg. Überschuß. Erstes Vierteljahr 47 537 Mt.; zweites Vierteljahr 35 034 Mt.

Großherzogliche. Der Rohölüberschuß des ersten Halbjahrs 1908 betrug 281 584 Mt. (Vorjahr 293 952 Mt.)

## Gewerkschaft der Schärkene und Charlottenburg-Upperbed.

1908	1908	1907
II. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
To.	To.	To.
Förderung . . .	42 647	42 648
Mt. " "	—	80 050
Betriebsüberschuß .	87 984	82 422
Mt. " "	—	22 289

## Gwald-Herten.

1908	1908	1907
II. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
To.	To.	To.
Förderung . . .	478 669	502 277
Mt. " "	—	468 188
Betriebsüberschuß .	1 008 212	1 151 880
Mt. " "	—	1 818 554

## Bochumer Bergwerk-A.-G. Überschuß im ersten Halbjahr 1908

1908	1908	1907
II. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
To.	To.	To.
Stolzenberg	100 000	100 000
Mt. " "	—	100 000
Betriebsüberschuß .	100 000	100 000
Mt. " "	—	100 000

## Gewerkschaft König Ludwig-Reddinghausen.

1908	1908	1907
II. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
To.	To.	To.

<tbl\_r cells="3" ix="1" maxcspan="1" maxr

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Grube Gräfe.** Auf unserer Grube werden die Wagen anfahrend mit Kreide geschnürt; deshalb gehen sie so schwer, daß es eine Qual ist, sich Tag für Tag mit ihnen herumzutragen zu müssen. Wir müssen nicht, woran das liegt, denn es wird doch hin und wieder ein Wagen draufgeschoben, aber das muß auch alles sein, denn man meckt doch sofort, was ein frisch geschönter Wagen ist, aber nur sehr selten trifft man auf solchen. Schadhafte Schleppen halten die Schieber nicht aus und sagen sehr oft ans, daß sie dann endlich die Papiere nehmen. Plägt über diese "Gummilein" zu schimpfen, sollten die Grubenbeamten dafür sorgen, daß die Wagenadern richtig geschmiert werden. Unsere Grube ist so schon bedingt der Schlepper des reine Erbenhofes. Hoffentlich ändert sich nur die Sache. Die Eins- und Aussicht der Grubentreibungen Mose und Söhne geschah durch den Betriebsrat. Dort werden nicht alle bergpolizeilichen Vorschriften beachtet. So sieht dort das Schuhgitter; und gibt es dort keine zuverlässigen verantwortlichen Ankläger. Einmal fungierte gar ein ganz unschuldiger Schläger als Ankläger. Nach der Tafel sollen nur sechs Mann gleichzeitig beschwert werden. Es sind aber schon 15 Mann auf einer Schale gefahren. Bei der Ausfahrt ist man nicht so toll. Im Bechenhause ist ausgegangen, daß die Mannschaftsbedienung um 1/4 Uhr beginnt; macht man aber um diese Zeit Schicht, dann bedroht uns der Oberhauptmann der Gräfe (einer viertel Schicht). Jetzt werden auch die Arbeitervereinsspitzen sehr unzufrieden, denn wie soll auch ein verantwortlicher Schlepper sich 8 Uhr seine Fannie erdenken? Werb die Grubenverwaltung Aenderung schaffen? Nach der bisherigen Erfahrung ist das kaum angemessen.

**Grube Schöpfung-Grube.** Die Untreiber auf diesem Werk steht in hoher Blüte. Besonders ist es der Aussichter Bender (erste Abteilung) welcher sich da beschwertsam macht. Er ist es, welcher die anderen Beamten durch sein Geschrei nach mehr Schlafen gezwungen hat, wollen diese nicht ins Hintertreffen geraten, in dasselbe Geschrei mit eingestimmt. Daß diese Treiberei nur auf Kosten der Betriebssicherheit, auf Kosten des Betriebs und der Gesundheit der Arbeiter geschieht, hat sich bei ähnlichen Fällen stets gezeigt. Nebenfalls, so meinen wir, ist die erste Notwendigkeit die, die Betriebskraft genügend zu sichern, erst dann kann als Ruhmehrausgabe gedacht werden. Statt die Arbeiter zu überwachen, als wären sie Strafgefangene wären, wäre es notwendiger, daß sie so gehandelt werden, daß immer genügend Holz vor dem Dörfer vorhanden ist. Wenn die Arbeiter Holz zum Verbauen haben, müssen sie es oft mal selbst herausschaffen, wofür sie keinen Pfennig erhalten. Hier wäre von Seiten Bender der Hebel anzusetzen, um in der Förderung bessere Resultate zu erzielen. In bezug auf das Trinkwasser bleibt auch manchmal etwas zu mühsam übrig. Die Wasserfässer werden wohl, wenn sie leer sind, rechtzeitig über Tage geschafft, doch dauert es halbe Schichten und länger, ehe ein solches Fass wieder gefüllt in die Grube kommt.

**Grube Gräfe.** Nach der vorausgehenden Grubenbewegung sollen die Grünauerlöne auf den Fürstensteiner Gruben um 10 Pf. pro Schicht erhöht werden. In der siebten Abteilung ist das aber bis jetzt noch nicht geschahen. Es werden dort die alten Grünauerlöne gezahlt und zwar für Hauer 3,40-8,50 Mt., für Lehnhauer 8,20 Mt. pro Schicht. Als die Grünauerlöne v. d. J. beim Steiger Flügel wegen Lohnhöhung vorstellig wurden, sagte dieser, trotzdem er das Protokoll, worin die Lohnhöhung zugesichert war, in der Waschstube vorgelesen hat: „Ich weiß von nichts“. Steiger F. sorgt auch dafür, daß sich die Kumpels am Lohnhöhung nicht mit zweit. Geld zu bepacken brauchen. Seine in dieser Hinsicht gezeigten Fähigkeiten scheinen auch nach oben Eindruck zu machen, denn als vor einiger Zeit ein Teil der achten Abteilung (Schacht 18) der siebten zugewiesen wurde, äußerte Bergverwalter Leipold vor einem Ort: „Wenn der Steiger F. dieses Teil haben wird, wird der Kasten billiger“. Dieses ist auch bald eingetreten, da Steiger F. das Gedinge um 20 Pf. pro Kosten reduzierte. Am Senfschacht 24 ist im Jahrhundert eine klasse, daß die Kumpels völlig durchdrückt vor ihre Obersicht kommen. Beschwerte sich jemand beim Steiger, so heißt es: „Wissen Sie, wie es anders gemacht werden kann?“ oder? „Wer soll's denn machen?“ Das die Klasse groß ist, wissen nicht nur die Arbeiter, sondern die Fahrer, Steiger, Betriebsführer, selbst der Gutsfahrer. Oben auf beiden Schleppern, welche im Querschlag vom Hilfsoort bis zum Aufschlag jahrl. keinen Verzug gibt, ist, da es in ganzen Querschlag jahrl. keinen Verzug gibt, ein Wunder. Der Freitendruck liegt auf den Menschen, welche als Vertrauung dienen und diese liegen auf dem Wasser, und Aufsicht. Auf Berg F. im nördlichen Flügel, läuft der Fahrschacht viel zu mühsam über. Jeder, welcher heraus und herunter will, muß dazu den Berg benutzen. Bei der Saisonzeit herrscht die größte Unregelmäßigkeit. Leute, welche aufrecht einfahren, können oft mit den ersten Trieben wieder heraus. In der achten Abteilung, welche die Fahrmelster stellt, sind zum Ausfahren bald alle Fahrmelster. Wenn aber etwas passiert, so müssen diese an allen Ecken und Enden gesucht werden. Als lebhaft die Mittagszeit wegen dem Wasserröhrenbruch auf Bohrschacht ausfahren mußte, mussten die Leute über eine halbe Stunde unten im Schacht warten, ehe die Fahrmelster beisammen waren. Hoffentlich führt sich die Verwaltung genannten Schachtes veranlaßt, diese Mängel abzuschaffen.

**Königin-Luisa-Grube.** Der preußische Bergfiskus als Arbeitgeber. Von der Berginspektion II der Königin-Luisa-Grube bei Börde wurde dem Kameraden, Mitglied des Arbeiter-Ausschusses und Besitzer zum Bergverwaltergericht Theophil Blott die Arbeit gekündigt. Blott war ein organisierter Arbeiter und deshalb gefährlich für einen Staatsbetrieb. Da Blott als Vertreter seiner Kameraden stets seine Pflicht tat, wäre die Bergarbeiterchaft sehr empört über seine Kündigung. Sogar die unteren Beamten bedauern seine Kündigung, da er ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter war. In der Versammlung, am 22. Juli d. J. im Gewerkschaftshaus Fabrik-Süd, wo Kamerad Gustav Blott referierte, wurde bei dieser ungerechten Kündigung des Kameraden Blott folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige den 22. Juli, im Gewerkschaftshaus Fabrik-Süd versammelten Bergarbeiter protestieren ganz energisch gegen die Maßregelung des Kameraden, Mitglied des Arbeiter-Ausschusses, Theophil Blott, durch die Bergverwaltung der Königin-Luisa-Grube. Die fiskalische Bergverwaltung müsse wissen, daß auch für die Bergarbeiter das Koalitionsrecht besteht und sollte dieses respektieren. So lange das nicht geschieht, haben wir auch kein Recht mehr zu solchen Bergverwaltungen. Wir rufen die Regierung an, damit diese den fiskalischen Bergverwaltungen eine Abwendung gäbe, wie sie das Koalitionsrecht zu respektieren haben. Auch hat die fiskalische Bergverwaltung nicht das Recht, dem Arbeiter-Ausschuss das Recht der politischen Betätigung illjurisch zu machen.“ Dieselbe Resolution wurde von der recht zahlreich versammelten Bergarbeiterchaft der Königin-Luisa-Grube im Saale des Herrn Freund in Zaborow-B., am 26. Juli d. J. angenommen. Blott hat 19 Jahre hindurch für den Bergfiskus gearbeitet, er hat auch einen Teil seiner Gesundheit für diesen geopfert, da er von Kohlenstaub verschüttet und am ganzen Körper gesquetscht wurde. Aber der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und kann nun gehen.

**Königin-Luisegrube (Weißfeld).** Die Untreiberie hier sehr stark, nicht einmal Zeit zum Butterbrot essen wird den Leuten gelassen. Infolge der schlechten Behandlung unter der Untreiberie kommt es denn auch, daß fortgelegter Arbeitermangel herrscht. Am 20. Juli mußte ein Mann zwei unterirdisch steckende Maschinen, elektrische Licht- und Seilförderungsmaschine bedienen. Das sind jedenfalls Zustände, wie man sie auf einer fiskalischen Grube gar nicht voraussehen soll. Die Löhnung sind ebenfalls außerordentlich niedrig und betragen vielfach nur 2,50-2,75 Mt. pro Schicht. Man sieht, dieser Staat ist nicht der humane Arbeitgeber.

**Wenzeliusgrube.** Auf dem Ziegelschacht, zweite Sohle, müssen die Bergleute müßig nicht wie sie die Fahrten herunter kommen sollen wegen des im Wege liegenden, östlichen Gezwings. Blech-, Wetterluttens sind. Außerdem ist der Notausgang durch Quechöpfer verstopft, sobald sich die Leute förmlich hindurchzwängen müssen. Trotzdem die Grube eine Schlagwettergrube ist und auch schon Leute infolge Schlagwetter verunglückt sind, wird doch immer noch glühende Asche in die Grube geschüttet. So auch wieder am 30. Juni. Am selben Tage stand wieder in der Grubenhalle, 7. Flöz, ein Wagen voll glühender Asche. Der Wagen war so heiß, daß niemand umstehen war, ihn anstreifen zu können. Es ist zu hoffen, daß die Verwaltung die Tür, welche vom alten Berleseal nach dem Bahnhof führt, schließen würde. Die Kumpels waren dann nicht mehr in die Hufe zu ausgelegt, was neben dem kalten Wasser gerade keine Unannehmlichkeit ist.

**Brangelschacht.** (Stabsabteilung.) Am 18. Juli wurden die Arbeiter, trotzdem sie die Zwölfstundenschicht haben, vom Aussichter Brosig auf Befehl des Steigers Späder angefordert. Sonntags-Doppelschicht soll den Schächten zu verfahren. Bei einer solchen Doppelschicht soll den Leuten, gleichzeitig wie man mir einmal ist, Jagd und schreiben eine Stunde zu tun. gezwungen werden. Das die Bergarbeiter nicht sonderlich erfreut über die Politik des Aussichters waren, läßt sich vernehmen. Wer steht der Siegt, heißt es jedoch und tatsächlich ist auch schon kaum

Arbeiter, welcher sich weigerte Doppelschichten zu machen, gefündigt worden. Doch nicht nur diese "Wohltat" ist zu konstatieren, es gibt noch größeres. So kommt es vor, daß an Sonntagen Beute 24 Stunden den Hintergrund arbeiten müssen. Das sich Beute bei solcher Arbeit 24 Stunden ausbeuten lassen, könnte man nicht verstehen, wenn man nicht möchte, wie die Lohnverhältnisse stehen. 8,10 Mt. bis 2,80 Mt. herunter kann der Kolsarbeiter in der Lage sein, täglich einheimern zu können. Das bei einem solchen Hundesohn jeder gezwungen ist, Arbeitsschicht zu verfahren, ist klar. Wenn die Untergangsarbeiter unter instabilen Verhältnissen seuzen, so ist dieses bei den Kolsarbeitern überhaupt bei sämtlichen Untergangsarbeitern, in noch viel höherem Maße der Fall. Wenn werden endlich einmal die Untergangsarbeiter auf den neuerlichen Grubenblöcken, daß sie sich vollzählig im Bergarbeiterverband organisierten müssen, wollen sie nicht immer tiefer ins Elend hineingeraten.

## Süddeutschland und Reichslande.

**Grube Jakobus (alter Schacht).** Schon in unserer Nr. 80 haben wir geschildert, in welcher Weise hier der Pulvertransport von Marange ab vor sich geht. Auch das Dynamit muß von den Arbeitern von Marange geholt und einen weiten Weg unterirdisch transportiert werden. Das ist für die beteiligten Arbeiter außerordentlich beschwerlich und auch gefährlich und es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Unbehaglichkeit beseitigt würde. **Vom 1. August tritt eine weitere Reduzierung der Gedinge um 10 Pf. pro Tonnen Kohlen ein,** da Arbeitsschicht zu tun, deren unheimliches Werk der Bergarbeiterverband zu tun, deren unheimliches Werk der Bergarbeiterverband und die Bergarbeiter oft genug haben verspüren können. Auch die "christlichen" Gewerkschaften sind den "Berliner" spinnelein und die Bezeichnungen, die sie sich gegenseitig an den Kopf werfen, haben nichts von Duldungsfähigkeit und christlicher Nächstenliebe an sich. Alle Verluste, Frieden zwischen diesen christlichen Brüdern zu stiften sind gescheitert. So hat der verstorbenen Dosbach mit dem Vorsitzenden des christlichen Gewerbevereins und mit dem Generalsekretär am Tage nach der Essener Katholikenversammlung eine Unterredung gehabt, bei der die Bedingungen schriftlich festgelegt wurden, unter welchen ein schiedlich-friedliches Nebeneinander gehen möglich sein sollte. Nun Frieden ist aber nicht gekommen, was ja, wie gesagt, die "Liebenswürdigkeiten" nachweisen, mit denen sie sich gegenseitig gegenüberstehen. In letzter Zeit ist es die Jahresabrechnung der "Berliner", die viel Stoff zu Angriffen abgegeben hat und hier müssen wir uns schon auf die Seite der christlichen Gewerkschaften stellen. In Beurten am Sitz der Berliner fehlte es nicht, aber werden wir unsere Mitgliedern eine solche Abrechnung liefern, wie der "Berliner", unsere Beamten blieben keine 24 Stunden mehr am Platze. Die "Sachsen", in den Arbeitervereinen und Fachabteilungen hingegen sind ja zur Geduld erzogen worden. Denen kann man schon etwas bieten. Über die Generalversammlung bezüglich über den Stand des Verbands katholischer Arbeitervereine haben wir f. B. schon kurz berichtet. Der Verband will im Jahresabschluß 128 000 Mitglieder gehabt haben und zwar in 988 Vereinen. In 800 Vereinen sind die Fachabteilungen eingeführt. Die Gesamteinnahmen betrugen 1.058.580,85 Mt., darunter an Mitgliederbeiträgen — Verwaltungsbeiträge pro 1907 sowie an überganglichen Exemplaren des Verbandsorgans und Abonnements 878.214,18 Mt., an Einnahmen zur Männersterblichkeit 111.115,20 Mt. zur Frauensterblichkeit 54.740,05 Mt. und an Beiträgen zu den Fachabteilungen 199.020,55 Mt. Die Abrechnung stimmt hinter und vorne nicht. Nach den gemachten Aufstellungen ist nur eine Gesamtjahresabrechnung von 825.092,78 Mt. vorhanden. Erfreulich ist nicht, wo der Ueberschuss für 1908 in Höhe von 218.898,08 Mt. sich in der Aufstellung befindet. Auch wenn diese Summe eingeschlossen werden würde, fehlen immer noch an der angegebenen Jahressumme 15.069,82 Mt. Die Beitragszahlung ist eine derartige, daß man überhaupt nicht auf den Mitgliederstand hinschließen kann. Auf alle Fälle ist die Zahl der Mitglieder zu hoch angegeben. Die gewerkschaftlichen Fachabteilungen im Verband würden bei 15 Mt. Jahresbeitrag pro Mitglied 13.285 Mitglieder betragen, ein Erfolg, auf den die 800 Beamten, 988 gewölkte Präfekte nicht stolz zu sein brauchen. Die Ausgaben betragen insgesamt in der Verbandsklasse 471.678,90 Mt., die völlig für Verwaltung, Gehälter und Agitation ausgegeben wurden. Unterstützungen sind nach der Aufstellung nur in der Männer- und Frauenerbekaft, sowie in den "gewerkschaftlichen" Kassen geahnt worden. Es fehlen für letztere die höheren Angaben, für welche Unterstützungen die Gelde verausgabt wurden. Das ist ja eine herrliche Abrechnung! Auch fehlen die Angaben über die Verwaltungskosten der Sterbekassen und "gewerkschaftlichen" Kasse. Über Zentrale sind 21 Beamte tätig, die nach Feststellung in der Jahresrechnung 1914 1.156 Mt. Gehälter beziehen. Hohe studierte Leute sind an der Zentrale tätig und Berlin ist ein teures Pfister. Dennoch erhalten die 21 Beamte durchschnittlich nicht einmal 1000 Mt. jährlich; da scheinen es die 35 Arbeiterssekretäre in den Revieren doch besser zu haben, wenigstens verzögert der Ausgabeposten für Verbandsbezirke (Gehälter für Arbeiterssekretäre und sonstige Ausgaben) 70.100,00 Mt. und Beischluß an die Verbandsbezirke 15.069,82 Mt. Die ganze Abrechnung ist ein Hergenmeileins, innen ganz 21 Beamte — nur 1941,56 Mt. an Gehältern erhalten, glaubt den Frauen in Berlin kein Mensch. Aber sehr oft haben diese 21 Beamten sich hingesezt und sich über die Abrechnungen anderer Organisationen aufgestaut. Jetzt steht sich heraus, daß diese freimaurer Gesellschaft den wirklich gewerkschaftlichen Bestrebungen möglichst weit aus dem Wege geht und einen Beamtenapparat an arbeiten hat, der weit über das Verhältnis zu den Mitgliederzahlen hinausgeht. Und diese Beamten erhalten eine derartige Bezahlung, daß man sich geniert, sie den Deutschen zu unterstreichen, wie das in ordnungsgemäß geführten Organisationen üblich ist. Nicht einmal eine vernünftige Abrechnung veröffentlichten sie. Das soll uns noch einmal herkömmen und sich an den Geschäftsbüchern anderer Organisationen reiben.

**Aus dem Kreise der Kameraden.**

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Der Bergarbeiterverband marschiert!

Am 31. Juli ist der Kassenabschluß des Verbandes für das erste Halbjahr 1908 erfolgt. Aus dem Bericht, den die Hauptrasse der Redaktion zur Veröffentlichung stellte, entnehmen wir, daß an reinen Beitragsgeldern in diesem Zeitraum 892.168,85 Mark einkamen; außerdem 19.950,50 Mark an Eintrittsgeldern und Einnahmen von Privatabonnenten (Einnahmen aus dem Zeitungssonnement durch die Post werden von der Firma Hanemann & Co. verrechnet). Im ersten Halbjahr 1907 betrug die Beitragsabnahme 880.808 Mark; es kamen im Halbjahr 1908 also rund 61.356 Mark mehr ein. Der Vermögensbestand betrug:

Jahresabschluß 1907 . . . . . 2 000 404 Mark  
Ende des ersten Halbjahrs 1908 . . . . . 2 410 690

### Vermögenszuwachs im 1. Halbjahr 1908 410 196

Um Unterstützungen zahlte der Verband im verflossenen Halbjahr für Gewahrsame 12.298 Mt., für Streiks 34.222,83 Mt., für rechtschutzbedürftige Mitglieder 36.427,54 Mt., für angeklagte oder um ihr Recht klagende Mitglieder 6.908,86 Mt., an Sterbegeldern 36.840 Mt., Unterstützung an Arbeitslose 7267,54 Mt., an Krankenunterstützung 128.552,45 Mt. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands kann sich mit diesem Bericht sehen lassen. Wenn unsere Kameraden in den Revieren ihre volle Pflicht erfüllen, dann muß es ein leichtes sein, am Jahresabschluß für das ganze Jahr 1908 mit zwei Millionen Mark Beiträgen und drei Millionen Mark Vermögen abzuschließen. Darum, Kameraden, an die Arbeit, je eher wir das vorgenannte Ziel erreichen, desto besser!

Wir werden gern einen Vergleich gezogen haben mit einer Kassenabrechnung des Gewerbevereins. Da dieser Monatsabrechnungen in der Regel nicht veröffentlicht — angeblich, weil er seine Schwäche in den einzelnen Revieren nicht zeigen will — ist ein Vergleich unmöglich. Erstellen wir uns bis zum Jahresabschluß, er wird die gegenseitige Stärke offenbaren. Hoffentlich brauchen wir dann nicht mehr über „Glockenbläser aus einer christlichen Herkunft“ zu schreiben.

Wir wollen unsere Darlegungen nicht schließen, ohne unseren Kameraden noch einen Einblick in die Kassenabschlüsse anderer Verbände zu gewähren.

Von den katholischen Fachabteilungen erfährt die Öffentlichkeit über die Aufbringung der Mittel durch die Bergarbeiter-Mitglieder garnichts. Das ist der beste Weg, sich den öffentlichen Beobachtung zu entziehen; die Fachabteilungen sind noch gebildiger, wie die christlichen Gewerbevereine. Die Gewerbevereinsmitglieder scheinen Monatsabrechnungen nicht zu beanspruchen, obwohl solche in anderen christlichen Gewerkschaften längst gegeben werden.

Der bekannte „gehorchte Bericht“ (in Nr. 21 der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht) des Materialiensteigers Bierkel, des Vorsitzenden der Reichstreuen im Waldenburger Revier, an die „Gönnier“ und „Wohltäter“ des reichstreuen Bergarbeiterverbandes zeigt uns einen wahren Summpfusch. Herr Bierkel klage in seinem Bericht über wahrhaft standlose Zustände im reichstreuen Bergarbeiterverein. Rechtsbruch, Lüge, Vergewaltigung, Standabschaffung, wiederholte Unterschlagungen von Vereinsgeldern, systematische Veruntreuung dieser Unterschlagungen etc. Die Grubenbesitzer des Waldenburger Beckens werden nicht wenig gestaunt haben über diesen Bericht eines Mannes, der es wissen muß, wie es zugegangen. Dieser, man kann wohl sagen Sammelschärf, zu steuern, ging über die Kraft des Vorsitzenden Bierkel.

Der Bergarbeiterverband war den zentralen Nationalpolen in Oberschlesien zu „hatatistisch“, zu „unchristlich“, darum gründeten die sog. Bruthenner Verband. Die Körnante, Napieralstet, Krotit und Genossen spielen hier die erste Geige. Auf der letzten Generalversammlung dieses Verbandes kam es zu stürmischem Szenen. Über diese Generalversammlung hat man dann auch außergewöhnlich dargestellt berichtet. In diesem Verband wurden für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 31. Dezember 1907 39.076,06 Mt. eingenommen, an direkten Gehältern für sechs Beamte und zwei Hilfskräfte allein 20.202,40 Mt. ausgegeben, also mehr als die Hälfte der Gesamteinnahme im Verbande. Unter den Verbandsausgaben für Mitglieder finden wir nur folgende Posten: Gerichtskosten für Mitglieder 108,68 Mt.; ärztliche Atteste für Mitglieder in Krankenfällen 27,35 Mt.; Streilunterstützung 142 Mt. Alles übrige ging für Verwaltung, Reisen, Speisen, Mieten, Sitzungen usw. auf. Fürwahr, ein großartiger Verband, der, wenn er nicht eine besondere Sterbekasse eingerichtet hätte, fast überhaupt nur für die Beamten da wäre.

Noch einen unserer bekannten „Gönnier“ wollen wir aufmarschieren lassen: Den Verein der Mansfelder Berg- und Hüttenleute. Am 28. Juni hatte dieser Verband seine Hauptversammlung. Nach vorangegangener Überschlag hatte er 12.907 Mitglieder und — man fasse nicht auf den Rücken — 793,12 Mt. Jahresabnahme. Dieser Verein ist auch gegründet worden zur Vermehrung des Bergarbeiterverbandes. Auf ein Mitglied entfallen nur 6 Pf. Jahresbeitrag. Auf der Hauptversammlung wimmelte es von höheren und niederen Grubenbeamten, Grubbesitzer und Landräten waren anwesend. Sie hätten — wenn sie es wollten — im Verein mit den Delegierten die ganze Jahresabnahme verzehren können. Ob's zu einem Frühstück gelangt hätte?

Die hiesige polnische Bergarbeitervereinigung wollen wir heute ausführlich in den Kreis unserer Betrachtungen hineinziehen. Erst müssen

wir gewisse Prozesse bei den Polen abwarten und dann kommen wir auf sie noch zurück. Die nächste Zukunft wird ja zeigen, ob in der Vereinigung alles „Studenten“ ist.

Für heute wollen wir es genug sein lassen. Die kleine Umschau war nötig, um zu zeigen, welche Vereinigungen der Bergarbeiter sich fortgesetzt im Kampf gegen uns proben. Um anständigstebeiträgt sich noch der Gewerbeverein Hirsch-Dunder'scher Mietung gegen uns, deshalb haben wir ihn aus dem Kreis unserer Betrachtungen herausgelassen. Für alle übrigen war es an der Zeit, einmal die Karabatsche von der Wand zu nehmen. Hoffentlich werden sie sich auch alle diese kurze Sektion. Das Beste ist, daß der Bergarbeiterverband sie alle nicht zu fürchten hat. Ein Kraft und Stärke überträgt er sie alle zusammen und das ist, was den deutschen Bergarbeitern nur lieb sein kann.

### Ein Verband der hegen kann.

Der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) und seine Fachabteilungen gehören beläufig zu jenen Gewerkschaftsgebilden, die den Bergarbeiterverband, wie die freien Gewerkschaften überhaupt, nicht genug mit Amt und Schmug bewerben können, trotz der Frömmigkeit, mit der sie sich nicht

erhielten Abendessen in Form einer Suppe. Dann hat sich der gute Herr Menagewirt 40 Mann rausgeschaut und die übrigen 23 Mann mit Frauen und Kindern wurden in die Wohlfahrtseinrichtungen (die Kolonie) gebracht, wo sie durchnacht in drei Zimmern schlafen mußten. Drei Männer haben die ersten drei Tage überhaupt kein Logis bekommen, sondern müssen unter freiem Himmel übernachten, möglicherweise der gute Herr Kolonieverwalter den Leuten versprochen hat, daß sie alle unter günstigen Bedingungen Rost und Logis bekommen sollten. Nachdem sie ein paar Schichten gearbeitet hatten, fragten sie die Steiger was sie in Wirklichkeit verdienten sollten. Als sie die Lohnsätze hörten, waren sie ganz erstaunt, denn sie entsprachen nicht im geringsten den gemachten Versprechungen. Es wurde den Leuten gesagt, daß sie als Schlepper 3,20 bis 3,90 Mt. als Lehshauer und Hauer 5 bis 5,50 Mt. und bei vorwiegend guter Leistung 6 Mt., über Tage aber 3,20 Mt. verdienen sollten. Die Leute waren so enttäuscht, daß ein großer Teil die Arbeit niedergelegt und bei der Verwaltung vorstellig wurde, wo sie mit den schon lange bekannten Worten: Wir haben mit euch nichts zu tun, haltest euch an euren Agenten, abgewiesen wurden. Jetzt stehen die Leute hilf- und mittellos da, ein Opfer der Werbegenten, im Volksmund Seelenverkäufer genannt.

## Oberbergamtbezirk Bonn.

### Hue in Saarabien.

Kamerad Hue weinte einige Tage in Saarabien und hielt bei dieser Gelegenheit mehrere öffentliche Bergarbeiterversammlungen ab, die sämtlich glänzend, über Erwartungen besucht waren und ausnahmslos einen schönen Verlauf nahmen.

In Spittel, wo er die erste Versammlung abhielt, hatten sich die Kameraden zu Hunderten eingefunden und schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der Saal dicht gefüllt. Hier arbeiten und wohnen viele Bergleute, die längere Zeit im Führerberufe gearbeitet haben oder von dort gekommen sind, Hue persönlich kennen und es deshalb nicht verfäumen wollten, ihn im „Auslande“ herzlich willkommen zu holen. Mehrere hatten selbst die Schrift gewechselt, ein Beweis, daß der „Lange“ ihr vollestes Vertrauen geschenkt. Am stärksten von allen Versammlungen war jedoch die im Gewerkschaftshaus „Tivoli“ in St. Johann besucht, wo Saal und Gallerie voll besetzt waren und seit der letzten Meistagswahl eine solche Versammlung nicht mehr dort stattgefunden hat. Aus den Bergmannschaften erschienen die „christlichen“ Sekretäre, Generalsekretäre, Generalselfeldmarschallsekretäre in Begleitung einer starken Suite, die teilweise gekleidet und sahnenschnüchig wurden. In Spittel kreuzte Sekretär U. n. Storchach die „christliche“ Menge mit Hue und zwar mit solchem „Erfolg“, daß selbst von seiner Suite einige sahnenschnüchig wurden und zum Verbande übertraten. Und erkannte an, daß Hue sehr sachlich gesprochen habe, daß sich mit ihm diskutieren und gut auskommen lasse, nur mit U. n. Storchach sei nicht auszukommen, sonst würden Verband und Gewerksverein in Rothingen und im Saargebiet wie zwei stielliche Schwertler leben. Hue sollte seinen Kollegen Leimpeters zur Friedenslinie erziehen, auch Berg bedürfe noch eines Kursus, wie man die „Christen“ behantern sollte und wie man agitieren müsse, damit der „christliche“ Gewerksverein endlich mal „stark“ werde. Nach Dittmeyer in der Pfalz, wohin die Bergleute aus Nah und Fern anzureisen gesucht waren, war der „christliche“ Sekretär Schneiders Neuntöchter ihm entgegengekehrt, um noch zu reiten, was zu retten war. Schneider bekannte, man müsse zu Hue stehen, wie man wollte, jedoch daß müsse man anerkennen, daß er für die Bergleute sehr viel getan hätte, mehr als sonst einer. Auch er ist für den Frieden gestimmt, wenn nur Hettlerich und Leimpeters zu Frieden kämpfen würden, wie Hue. Nicht minder uneingeschränkt klang das Lob des „christlichen“ Vertrauensmanns in St. Ingbert, wo der Bederker Saal — berühmt, weil hier der „Lange“ in einer großen Ausgang genommen hat — trotz eines Vorherrschens von Storchach seinen Ausgang genommen hat — trotz eines Vorherrschens von Storchach war. In dieser Hochburg des „königlichen“ Beutriumsgewerbevereins hatte man nicht damit gerechnet, daß die Versammlung so besucht würde, denn sonst hätte sich jedenfalls auch nach hier ein „höherer“ hinausgegeben.

Den Höhepunkt aller bergmännischen Versammlungen bildete diejenige am 29. Juli in Neunkirchen, im „Haus von Saarabien“. Mehr als 500 Personen füllten dichtgedrängt den Saal, wovon viele sich mit einem Stuhlkopf begnügen mußten.

Es war die schlanke und auch erfolgreiche Versammlung, die seitens der Arbeiterschaft jemals in der Kreisstadt Neunkirchen stattgefunden hat und ein Glück, daß „Schlöden-Karl“ nicht mehr in Sunnenkirchen haust; er wäre mit der Kundgebung gekommen und hätte die „Vande“ ausgetrieben. Die M. Gladbacher waren durch zwei Sekretäre, die „Berliner“ durch einen vertreten, während auch die Preußische Vertreter hingestellt waren, um die Versammlung nachher — totzischweifig — zu diskutieren, so wäre das für beide Verbände besser. Anstatt dessen gelang Leimpeters her und suchte dem Gewerksverein Mitglieder abzunehmen, wo doch noch Tausende von Indifferenzen zu holen seien. Mit Hue stimmt er in der Sache überein, nur der Weg, das Ziel zu erreichen, sei für die „christliche“ und „patriotische“ gesonnenen Arbeiter ein anderer, sie, die noch Religion und Vaterlandsliebe im Leibe haben, könnten nicht dem Verbande angehören, während er von Herzen wünsche, daß alle nicht mehr christlich gesonne Bergleute, die nicht zum Gewerksverein kämen, sich in Gottes Namen dem Verbande anschließen. Er könnte nicht den Standpunkt des Klassenkampfes vertreten und möchte meines, daß „unser“ Vaterland — das Vaterland der Schubert, Bopius, Röckling, Höckling, Weisdorf — et cetera quanti d. v. — einem zügellosen Klassenkampf verschaffe. Das Bestreben der „christlichen“ Gewerkschaften sei die Erreichung von Tarifabschlüssen, unter denen eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit einzette, womit ihr „Futura-Staat“ verwirklicht sei. Vorläufig seien sie noch nicht so weit, eine Aenderung der heutigen Gesellschaftsordnung zu erlämpfen und zu fordern. (Zuruf: Vielleicht später?!) Gutsche: „Ja, vielleicht später!“ Außerdem trenne die „Christen“ eine Weltanschauung von den Freien, über die er jedoch nicht reden wolle. Die Weltanschauung der Saarbergleute sei diejenige der Grautiere. Der Saarbergmann glaubt, daß er nur lebt, um zu schaffen, zu essen und sich prahlend zu lassen. Hue widerlegte den M. Gladbacher Generalsekretär meisterhaft, wie ihm nach, daß seine eigenen Partei- und Gewerkschaftsfeinde bejähliglich der Tarifabschlüsse wie auch über den Klassenkampf anders urteilten, wie er, daß ein Tarifabschluß nur ein Höhepunkt im Kampf um soziale Verbesserung sei. Über Weltanschauung rede er nicht; für ihn gebe es nur zwei Weltanschauungen, diejenige derer auf dem Halberg, Villa Hügel, der Gatten, und diejenige der Hungringen. Solange die Arbeiter sich über Weltanschauungen streiten, solange ein christlicher Bergmann es als seine wichtigste Aufgabe betrachte, sich mit seinem „Berliner“ Kameraden zu prahlen, seien die Herren auf den Halbergen ruhig, solange blüht ihr Weizen. Es sei nichts törichter, als über Weltanschauungen streiten, wo ein Kloß und Gütes, beide „fatzpolisch“, beide „patriotisch“, beide „christlich“, sich über Weltanschauung nicht einig werden. Dieser widerliche Kampf der Arbeiter gegen die Arbeiter sei nur vorübergehend und eckäßig aus der gewerkschaftlichen Rückständigkeit, wie so manches in Saarabien nur aus dem Milieu zu verstehen sei. So seien die Durchsucher nur zurückzuführen auf die Erziehung zur Knechteligkeit der Bergleute. Bergleute hielten es für ihre Pflicht, ihre Kameraden zu demütigen. In einem solchen moralischen Sumpf könnte auch nur Sunnenfussarten gebieben. Hier habe der Gewerkschaften eine solche Unmenige Erziehungsarbeit, daß wirklich keine Zeit zum Streiten über Weltanschauung übrig bleibe. Deshalb Einigkeit unter allen Bergleuten!

Für die Mittags- und Nachschicht stand in Neunkirchen am 31. Juli vormittags eine zweite Versammlung statt, die ebenfalls gut besucht war. In dieser erschien denn auch der Generalwelfeldmarschallsekretär Höss mit zwei Unterstaatssekretären und einer zärtlichen Suite, in der Absicht, den bisherigen sachlichen Ton auf das M. Gladbacher „Kulturtribüne“ a la Umbius herzudrücken und die Versammlung zu einer Radauversammlung zu machen, was indessen jedoch nicht glückte. Zunächst zog er gegen einen Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ los, in dem Pötzsch wissenschaftlich die „Umwelt“ in geschrieben habe, über eine Versammlung der Jungliberalen, in welcher Gütes und Böfornig anwesend waren. Dann soll Leimpeters in der „Böfornig“ ebenfalls „wissenschaftlich die Umwelt“ geschrieben haben, daß Gütes den Käppen das nicht einen h. genannt habe. Es sei ihm jedoch p. e. was solche Lümpen über ihn schreiben! Dann ist ihm der Sozialismus Mümpiz, die christlich-soziale Bewegung in Amerika, wo Geistliche aller Konfessionen sich für den marxistischen Sozialismus erklären, ist ihm Mümpiz, Mümpiz ist ihm eine Gewerkschaft mit 700.000 Mitgliedern ohne eine gesetzliche Stelle, Mümpiz, die gesetzliche Stelle und Mümpiz die Bergleute daraus zu verteidigen, daß sie etwas

auf gesetzlichem Wege noch freiwillig von den Unternehmern verlangen würden. Ein echter unperfektionistischer Syndikalist, ein Generalstreikdämon ohne es zu wissen, und sowas nennt sich „christlich“, verrostet den Altenbergs! Aus ihm sprach der unverhohlene Groß, daß er Jahre in Saarabien gewohnt hat — für den verachteten Verband, das seine Mitglieder immer mehr zu uns übertraten, während der Zustrom zu verschwinden scheint. Er mag sich trösten, mag schlucken wie ein Christ, die Zeit ist vorüber, wo er den Verband totschweigen konnte. Die Zukunft gehört dem Verbande, auch in Saarabien.

## Abrechnung.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat Juni 1908 bei der Hauptklasse in Bochum abgerechnet:

Tachen 78,40 (Juli 82,90), Auf dem Schnee 248,20, Alten 82, Altenbochum 424, Altenessen 1288,80, Altendorf-Rüthe 277,80, Altendorf-Rheinland 278,70, Altwasser 875,80, Alt-Wülfel 281,10, Altenhagen 470,20, Alsfeld 14, Altenrade 105,80 (Mai 87,80), Altmendorf 117, Alsdorf 260,50, Alten 928, Almshütte (April) 40,80, Arnsdorf 50,80, Aplerbeck 52, Aplerbecksmühle 825, Aplerbeck 95,40, Aplerbeck 472, Aplerbeck 284,30, Alsbach 113,90, Barop 669, Baukau 600,80, Barsinghausen (Mai-Juni) 41, Baruth (Juli) 47, Barneberg (Mai-Juni) 88, Benninghausen 214,40, Bergerhausen 142,30, Berge-Borbeck 477,90, Beck 305,90, Beckhausen 210,80 (Juli 209,80), Bergerhausen 567,40, Bergkamp (Mai) 32, Bergkamp (Mai) 48, Benthen 84,50, Bismarckhütte 83,70, Charlottenhof 51,90, Chorzow 22,80, Cospacow 34,80, Eintrachthütte 16, Friedenshütte 40, Kochowitz 49,40, Kopanica 22,70, Königshütte I 93,10, Königshütte II 152,10, Lagiewnik 82,10, Lipine 43,10, Michowicz (Mai) 8,50, Neuberg 29,10, Röhrberg 111,60, Röhlitz 26, Scharlen 22,80, Schwarzmühle 120, Schmidtsdorf 41,80, Seethen (Einzelmitglieder) 7,90, Sedelsdorf 61,10, Sennhof (Juni-Juli) 44,80, Sennhof 87,70, Sennberg 283,70, Seiersdorf 81,80, Sittermark 288,80, Sittermark 180,80, Vicht 84,50, Wyfang 59,80, Blankenstein 28,80 (Mai 18,80), Bottrop I 112,50 (Mai 164,20), Bottrop II 400,40 (Juli 418,70), Bottrop III 69,20, Bottrop IV 80, Bochum I 822,80, Bochum II 568,90, Bochum III 410,50, Bochum IV 859,20 (Juli 871,20), Bochum V 259 (Juli 280), Bochum VI 389,90 (Juli 403,10), Bochum VII 567,70 (Juli 581,90), Bochum VIII 201,90, Bochum IX 244, Borbeck 441,20, Borsig 56 (Juli 94), Borna 285,50 (Juli 256,80), Böhlen 11,70, Born 83,80, Boenen 84,20, Brüninghausen 285,80, Bommern 421,60, Brodel 56,80, Braunebauer 90,80, Braut 70,60, Breidenbach 78,20, Breiten 426, Bredeney 82,10, Bredenscheid 199,40, Buer 464,80, Büsse 207,90, Brüninghausen-W. 172,40, Buschhausen 618,80, Bodelschwingh 165,90, Bardenberg 118,10, Barden 30,80, Berggraff (Mai-Juni) 8, Bergkamp 217,70, Carnoy 380, Calbe 95,50, Cönn 51,80 (Mai 92,90), Cottbus 69,40, Crimlitsch 104, Croppenstedt 191,80, Dahlhausen I 215,60, Dahlhausen II 288, Dahlhausen 225,20, Dahlitz 56,90 (Juli 94,80), Döhren 95,80, Dörritz 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Einbeck 88,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 183, Edderig (April) 10,10, Eichholz 555,10, Eichlinghausen (Juli) 905,90, Eidel 991,30, Eime 65,80, Elgershausen 118, Eggestorf (Mai-Juni) 20, Jülich 12,20), Egeln 208,50, Eppendorf 302,10, Erle I 412, Erle II 449,50, Erkenschwick 654, Eissen 1127,50, Eshorn 224,70, Ende 160,40, Empelde 23,80, Eschede 74,80, Essen-West-Holsterhaeuser 78,80, Eichsfeld 44, Eising 1001,50, Eschhammert 742,80, Eschhammert 482,20, Eschede 80,80, Eschmar 148, Eschen 140,20, Eschen 160,00, Eschen 112,10, Eschen 92,70, Eschenhausen 101,70, Eschenhausen 225,20, Eschmar 84,50 (Juli 94,80), Eschmar 95,80, Eschmar 150,80, Drebsau 85,20, Düssem 58,90, Dümpten I 108, Dümpten II 208, Dümpten III 1

